



# FIGU-

# ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

2. Jahrgang  
Nr. 51, August 2016

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

## Der Schweiz überdrüssig, Herr Bundesrat?



Symbolbild von Gerd Altmann theBernFiles / pixelio.de

### Schweizer Armee als Bundeswehr-Ableger

Nebst der «institutionellen Anbindung» der Schweiz an die EU-Gesetzgebung mit einem die Selbstbestimmung der Schweiz massiv einschränkenden «Rahmenabkommen» strebt Bundesrat offensichtlich auch die Eingliederung der Schweizer Armee in bestehende und geplante EU-Streitkräfte an.

*Der Freitags-Kommentar vom 29. Juli 2016, von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»*

Dass zu dieser Frage Gespräche im Gang sind, ist seit langem bekannt. Die Einladung der EU dazu datiert aus dem Jahr 2004. Aufschlussreich dabei ist, dass diese Verhandlungen seitens der Schweiz nicht vom für die Armee zuständigen VBS, sondern vielmehr vom Departement für Auswärtiges von Bundesrat Didier Burkhalter geführt werden.

Deutschland hat soeben ein «Weissbuch» zur Rolle der Deutschen Bundeswehr in der gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU veröffentlicht. Dieser gemeinsamen Sicherheitspolitik möchte Bundesrat Didier Burkhalter auch die Schweiz unterstellen. Da diese – unter angestrebter deutscher Führung – selbst Angriffshandlungen vorsieht, würde die Neutralität der Schweiz automatisch liquidiert. Unserer Bevölkerung wird dieser offensichtliche Zusammenhang bewusst verschwiegen.

### Friedensmissionen?

Bundesrat Burkhalters Handschrift ist dabei klar zu erkennen: Da wird verschleiert, beschönigt und vernebelt, da wird von geplanten «Friedensmissionen» geschwärmt. Kampfhandlungen seien generell ausgeschlossen, wird gegenüber Öffentlichkeit, Medien und Parlament unermüdlich behauptet.

Zum diskutierten Sachverhalt, zur «Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik» in der Europäischen Union (GASP) hat soeben auch die Deutsche Bundeswehr ein – von der Regierung zweifellos abgesegnetes – «Weissbuch» veröffentlicht. Und dieses Weissbuch spricht – ganz anders als das Schweizer Aussendepartement – Klartext. Beni Gafner, ausgewiesener Kenner aller sicher-



heitspolitischen Zusammenhänge, hat darüber in der «Basler Zeitung» am 18. Juli 2016 ausführlich berichtet. Das Weissbuch äussert sich zur «Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr». Sein Inhalt ist auch für die Schweizer Öffentlichkeit ausserordentlich brisant.

### Abschreckung ist das Ziel

Gesäuselt wird darin nicht. Im Ministerium von Ursula von der Leyen wird im Generalston kommuniziert: Es geht in der EU nicht um «Friedensmissionen». Es geht um «Abschreckung» und um «kollektive Verteidigung». Da wird offen geworben für «verstärkte Vornepräsenz durch mobile und schnell einsetzbare Kräfte»: Eine unzweideutig Russland provozierende Massnahme, zu deren Umsetzung auch die Stationierung von «Nuklearwaffen» vorgesehen ist. Von «Friedensmissionen», von denen Burkhalter schwärmt, kein Wort! Um so wichtiger ist Frau Verteidigungsministerin von der Leyen, dass Deutschland im Rahmen der EU-Sicherheitspolitik als «Führungsnation» auftrete. Unter deutschem Kommando sollen also im Rahmen gemeinsamer EU-Sicherheitspolitik «durchhaltefähige Beiträge entlang von NATO-Planungszielen» geleistet werden. Dies mit dem Fernziel der Schaffung einer «Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-Union».

### Deutschland will führen

Die nationalen Armeen sollen im Rahmen dieser GASP in eine eigentliche EU-Streitmacht überführt werden. So sieht Deutschland die Sicherheitskooperation in Europa. Burkhalter spricht derweil von «Friedensmissionen». Im Rahmen dieser Kooperation soll Deutschland nach dem Willen seiner Verteidigungsministerin auch für – wörtlich! – die «Ertüchtigung» in Sachen «Beratung, Ausbildung und Ausrüstung» aller kooperationsbereiten Armeen der GASP-Länder sorgen – nach Burkhalters Vorstellung auch der schweizerischen. Unsere Rekruten, Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere dürfen sich dann der – unverkennbar preussisch geprägten – Ertüchtigung durch die Bundeswehr aussetzen. Freude herrscht!

### «Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP)»

Unwahrheiten verbreitet auch, wer gegebene Tatsachen und Wahrheiten verschweigt, vernebelt oder beschönigt. Opfer solcher Wahrheitsverfälschung ist derzeit offensichtlich die Schweiz. Ihr «Aussenminister» Didier Burkhalter will unsere Armee der gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik unterstellen. Gleichzeitig verschweigt Bundesbern, welche EU-Beschlüsse dieser GASP eigentlich zugrunde liegen. Diese Beschlüsse finden sich im Vertrag von Lissabon, von den EU-Mitgliedern 2007 unterzeichnet.

Die wichtigsten lauten:

- Der EU wird «auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit» zugesichert.
- Die Verteidigungspolitik soll der Kompetenz der EU-Zentrale unterstellt werden. Sie liegt nicht mehr in der Kompetenz der Mitgliedsländer.
- Der EU wird seitens der GASP-Mitglieder zugesichert, es würden ihr alle Mittel zur Verfügung gestellt, welche zur Erreichung der vom EU-Rat festgesetzten sicherheits- und aussenpolitischen Ziele erforderlich sind.

Es ist damit der – von keinem Parlament wirklich kontrollierte – EU-Rat, der künftig über Krieg und Frieden entscheidet – nicht mehr die einzelnen Länder mit ihren Regierungen und Parlamenten. Und unsere Neutralität? Und an diese Organisation will Bundesrat Didier Burkhalter auch unsere Schweizer Armee andocken? Dabei erachtet er es nicht einmal als notwendig, auf die im Rahmen der GASP in der EU beschlossene Beistandspflicht aufmerksam zu machen. Diese EU-Beistandspflicht ist eine unbedingte. Sie geht weiter als die für die NATO-Mitglieder gültige Beistandspflicht.

In der NATO entscheidet heute noch immer jeder Mitgliedstaat eigenständig über Form und Umfang seiner Unterstützung. In der EU entscheidet Brüssel allein. Diese Tatsache war mitentscheidend für den Brexit, der die europäische Classe politique vor wenigen Wochen so vollständig überrascht hat. Dass angesichts solcher Beistandspflicht – nicht allein für die Verteidigung – kein Platz mehr besteht für Neutralität, erkennt wohl jedes Kind.

Bundesrat Burkhalter behauptet trotzdem, die gemeinsame Verteidigungspolitik im Rahmen der von der EU geschaffenen GASP beeinträchtige unsere Neutralität, wenn sich die Schweiz der GASP unterstellen würde, in keiner Weise. Solches kann nur behaupten, wer die Neutralität hinterrücks liquidieren will.

29.07.2016, 20:47 von Ulrich Schlüer

Quelle: [http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/der\\_schweiz\\_ueberdruessig\\_herr\\_bundesrat-2760](http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/der_schweiz_ueberdruessig_herr_bundesrat-2760)

## Zur gleichen Sache: Auszug aus dem 656. Kontaktgespräch vom 17. Juli 2016

**Billy** Dann möchte ich dich etwas fragen, das sich wieder einmal auf die Schweiz und die EU-Diktatur bezieht, wenn du weisst, worum es sich handelt. Es war die Rede von einem sogenannten Rahmenvertrag, der zur Sprache stehen soll. Da du dich ja damit beschäftigst, was sich zwischen der Schweiz und der EU-Diktatur dauernd ergibt, weisst du doch sicher Bescheid, oder?

**Ptaah** Das ist der Fall, ja. Bei dieser unsauberen Sache handelt es sich um einen für die Schweiz und ihre Bevölkerung schadenbringenden Angriff auf den Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung, und zwar in der Weise, dass auf eine hinterlistige Weise der Verfassungsschutz und die Rechtsgrundlagen schleichend umgangen und unterwandert werden sollen, wenn dieser Rahmenvertrag in vorgesehener Ausdehnung zustande kommen sollte. Der grundlegend Schuld bare für dieses Ansinnen betrifft einen ... der Schweiz, ..., der in bezug auf seine Idee kurzsichtig, unbedacht und die tatsächlichen Fakten hinsichtlich der Pläne der EU-Diktatur nicht erkennend und damit auch realitätsfremd gewillt ist, in seiner Unzulänglichkeit einerseits unbewusst die Bundesverfassung zu drangsalieren, andererseits mit einem solchen Vertrag auch die Freiheit und Neutralität der Schweiz aufs Spiel zu setzen. In weiterer Folge würde durch den vorgesehenen Vertrag, wenn dieser zustande kommen würde, in schleichender Weise die landeseigene Gerichtsbarkeit der Schweiz ausgehebelt und durch EU-Diktatur-Gerichte ersetzt. In seiner Unbedarftheit ist sich der eigentliche Urheber seines Ansinnens bezüglich des Abkommens der daraus hervorgehenden Folgen ebenso nicht bewusst, wie auch alle seine Gleichgesinnten nicht, die leider in der Schweizerbevölkerung sehr zahlreich sind und zu einem EU-Diktaturbeitritt tendieren und gewillt sind, einen Kniefall vor der EU-Diktatur zu tun, wie ein solcher auch vom deutschen Volk vor den Nazis stattgefunden und zum letzten Weltkrieg geführt hat. Sollte das Abkommen zustande kommen, dann würde die Schweiz in schleichender Weise über die kommenden Zeiträume hinweg letztendlich nichts weiter sein als ein EU-Diktatur-Vasallenstaat, der nur noch nach den EU-Diktatur-Vorgaben handeln und existieren dürfte, während die Gesetzgebung der Schweiz im Laufe der Zeit unter die Fuchtel der EU-Diktatur-Gesetze fallen würde.

**Billy** Und das sehen all die krankhaft dummen EU-Diktatur-Befürworter der Schweiz natürlich nicht. Und dass beim ... als Urheber ein ihm nicht bewusster Heimatverrat dahintersteckt, wie auch bei allen anderen Gleichgesinnten, das wird nicht erkannt, weil bei allen die notwendige Intelligenz und Vernunft fehlt.

**Ptaah** Leider ist das so, denn nur Menschen, denen das klare Denk- und Urteilsvermögen und damit das Genie, der Intellekt und Scharfsinn sowie Verstand, Vernunft und zudem das Tragen der Verantwortung für den Landesfrieden, die weitreichende Demokratie, die Neutralität, Freiheit und Sicherheit fehlen, wie diese Werte in der Schweiz existieren, können ihre Heimat verratend an eine Diktatur wegwerfen und sich in deren Unterdrückung aller Rechte einfügen.



08:04 03.11.2015 (aktualisiert 08:23 03.11.2015)

Der russische Präsident Wladimir Putin unterscheidet sich nach Ansicht des US-Politologen Paul Craig Roberts radikal von den ‹Lügnern› in den westlichen Regierungen und Medien. Putin führe die Menschheit zum Frieden, während die Neokonservativen an der Washingtoner Machtspitze einen Krieg als Ziel haben. ‹Russland strebt die Aufrechterhaltung des Friedens und internationale Zusammenarbeit unter den Bedingungen der Dominanz des Rechts an›, schreibt Roberts in seinem Blog. ‹Washington strebt indessen eine Welthegeemonie an.›

Wie Roberts betont, hat der russische Präsident mehrmals auf die Wichtigkeit einer Eintracht zwischen der Regierung und dem Volk hingewiesen. Die US-Bürger haben dabei einen ‹Null-Einfluss› auf die Politik Washingtons, meint er. Zugleich drohe Washington den Regierungen solcher Länder wie Venezuela, Ekuador, Bolivien und Argentinien, weil diese Interessen ihrer Bürger und nicht Interessen des Weissen Hauses verteidigen.

‹Die US-Regierung hat die Bürgerfreiheiten im Land mit Hilfe der verfassungswidrigen Massenbespitzelung, mit unbegründeten Festnahmen für unbestimmte Zeit und dem Mord an US-Bürgern ohne Rechtsprozedur vernichtet›, schlussfolgert der Autor. ‹Alles läuft darauf hinaus, dass jedes Andersdenken zu einem Verbrechen wird.›

Quelle: <http://de.sputniknews.com/politik/20151103/305369730/russland-usa-buergerfrieden.html>

### Edgar Cayce: Die Zukunft der Welt liegt bei Russland



‹Mit Russland kommt die Hoffnung der Welt. Nicht in Bezug auf das, was manchmal als Kommunismus oder Bolschewismus bezeichnet wird – Nein! Aber die Freiheit – die Freiheit! Dass jeder Mensch für seinen Mitmenschen leben wird. Das Prinzip ist dort geboren. Es wird Jahre dauern, bis sich das herauskristallisiert, doch aus Russland kommt die Hoffnung der Welt wieder.›

Achim Wolf, Deutschland

### ‹Die Schweizer haben Besseres verdient› – Offener Brief zur Kriegshetze im Schweizer Fernsehen

16.07.2016 • 10:00 Uhr



Die Wellen der NATO-PR ergiessen sich auch über die Schweiz

Die Einseitigkeit in geopolitischen Fragen seitens der deutschen Mainstreammedien ist legendär. Oft wirken die Beiträge so, als wurden sie direkt in der PR-Abteilung der NATO produziert. Nur ein deutsches Phänomen? Mitnichten. Auch in der Schweiz zeichnen die öffentlich-rechtlichen Medien fleissig das Bild des ‹bösen Russen› und der ‹guten NATO›. In einem Offenen Brief wendet sich Anian Liebrand deshalb an die Redaktion des Schweizer Fernsehens. RT Deutsch dokumentiert diesen im Wortlaut.

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Redaktion,

Ich schreibe Ihnen aus tiefster Sorge, Fassungslosigkeit und in mir hochkochender Wut. Ja, ich bin wütend. Wütend und bestürzt über Ihre Sendung ‹10vor10› vom Freitag, 8. Juli 2016. Ihr Beitrag ‹Nato kündigt Truppen-

präsenz in Osteuropa an» war etwas vom Unappetitlichsten, was mir im Schweizer Staatsfernsehen je untergekommen ist.

Bei allem Respekt für die weit zu interpretierende Kommentarfreiheit des Journalismus: Was Sie uns Zwangsgebühren zahlenden Zuschauern da an einseitiger, verkürzter, faktenunterschlagender Berichterstattung zumuten, grenzt an Kriegshetze. Im knapp viereinhalb-minütigen Beitrag vermitteln Sie Ihren Zuschauern das völlig verzerrte Bild, dass in Osteuropa ernsthaft ein Einmarsch russischer Truppen bevorstünde, welchem die NATO-Truppen vorzubeugen hätten. Ihr ganzer Bericht könnte eins zu eins aus der Medienabteilung der NATO stammen, welche das ungefilterte Wiederkäuen deren PR-Bausätze ihrerseits bestimmt wohlwollend zur Kenntnis genommen hat.

In der Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten des Presserats, die für Schweizer Medien die höchste Richtlinie für ihr Handeln darstellt, steht im 1. Abschnitt:

«Sie halten sich an die Wahrheit ohne Rücksicht auf die sich daraus für sie ergebenden Folgen und lassen sich vom Recht der Öffentlichkeit leiten, die Wahrheit zu erfahren.»

Indem Sie einseitig der Propaganda der NATO eine Plattform bieten, verletzen Sie das journalistische Gebot der ausgewogenen, nach der Wahrheit strebenden Berichterstattung massiv. Bei der Art und Weise, wie Sie Ihre privilegierte Stellung als eines der wichtigsten News-Gefässe im Schweizer Journalismus missbrauchen, bekommt Ihr eigentlicher Grundauftrag, über relevante Nachrichten ausgewogen zu berichten, eine ganz andere Bedeutung. Ihnen ist vielleicht nicht bekannt, was ebenfalls eine Wortherkunft des Begriffs «Nachrichten» ist. Er kommt von Nach-richten, [den Zuschauer] **nach** etwas **richten**. Wollen Sie uns Zuschauer denn nach etwas (aus-)richten, in eine bestimmte Richtung lenken?

Einleitend zu Ihrem Beitrag, der die Stationierung von NATO-Truppen in den vier Staaten Polen, Lettland, Litauen und Estland – wo jeweils ein Bataillon mit ca. 1000 Soldaten in Grenznähe zu Russland einrücken soll – halten Sie richtig fest, dass es bei NATO-Gipfeln nicht nur um Diplomatie, sondern «auch ums Muskelspiel» geht. Was den mündigen Zuschauer aber wirklich interessiert, ist eine neutral vorgenommene Auslegeordnung, in der die Positionen beider Seiten – jene der NATO und Russlands – abgebildet werden und dem Zuschauer überlassen wird, sich in Anbetracht völlig unterschiedlicher Perspektiven und Interessen seine eigene Meinung zu bilden. Die entscheidende Voraussetzung dafür ist allerdings, diese verschiedenen Perspektiven auch zu kennen – was aber nicht möglich ist, wenn die Position Russlands entweder gar nicht, nur verkürzt oder gar manipulativ dargestellt wird.

### Absurde «Verschwörungstheorie»

Statt sich an diese journalistischen Grundsätze zu halten, geben Sie ausschliesslich die NATO-PR wieder, dass die verstärkte Militärpräsenz in Osteuropa dazu diene, Russland abzuschrecken oder es daran hindere, «zusammen mit russischen Minderheiten Aufstände anzuzetteln». Auf welche Grundlagen Sie sich bei dieser abenteuerlichen Aussage stützen, ist mir schleierhaft. Russland soll daran arbeiten, die russischstämmige Bevölkerung in Polen, Lettland, Litauen und Estland aufzuhetzen, um einen Umsturz der politischen Verhältnisse herbeizuführen? Was ist denn das für eine «Verschwörungstheorie»? Der Anteil von Bürgern mit russischer Ethnie beträgt laut Wikipedia in Polen ca. 0,03 Prozent. In Lettland sind es 27 Prozent, in Litauen 5,8 Prozent und in Estland ca. 25,2 Prozent.

Klar ist mir das von Konflikten geprägte Verhältnis der genannten Staaten zu Russland in der Vergangenheit bekannt. Ich will hierzu als Schweizer auch keine Wertung abgeben. Ich wehre mich aber mit Nachdruck dagegen, dass Aussagen in den Raum gestellt werden, die militärisches Aufrüsten einer einzigen Konfliktpartei legitimieren. Dass die NATO als militärisches Bündnis ihr Handeln mit Bedrohungsszenarien rechtfertigt, ist verständlich, auch wenn man diese für – gelinde gesagt – «übertrieben» halten mag. Dass Sie als renommiertes Sendeformat des Schweizer Staatsfernsehens diese Szenarien unreflektiert wiedergeben – ohne konkrete Belege dafür zu nennen –, ist hingegen schlicht inakzeptabel.

Sie nehmen ferner Bezug auf NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der im Rahmen einer Medienorientierung wörtlich sagt: «Was wir jetzt tun, ist ganz klar eine Antwort auf das, was Russland in der Ukraine getan hat. Bevor Russland die Krim-Halbinsel illegal annektiert hat, wäre niemandem eingefallen, über eine Militärpräsenz in Polen und den baltischen Staaten zu reden.»

Ja, was hat Russland denn in der Ukraine getan? Statt diese einseitige Deutung jüngster zeitgeschichtlicher Ereignisse völlig unwidersprochen im Raum stehen zu lassen, wäre das Anbringen einer Zweitmeinung das Mindeste gewesen. War es etwa [nur] Russland, das die Antiregierungs-Proteste auf dem Maidan in Kiew angeheizt hat? Oder waren es vielmehr ausländische Geheimdienste und Nichtregierungsorganisationen (NGOs),

welche von aussen mit erheblichem finanziellem Einsatz einen Putsch gegen den eher russlandfreundlichen ukrainischen Staatspräsidenten Janukowitsch initiiert haben – und dabei auch mit ukrainischen Neonazis paktierten? Ohne für die Rolle Russlands im Ukraine Konflikt Partei ergreifen zu wollen, kann mit Sicherheit als allgemein bekanntes, nachprüfbares Wissen vorausgesetzt werden, dass die bedauerliche Entstehung des Bürgerkriegs in der Ukraine, unter welcher wie immer die Zivilbevölkerung am meisten zu leiden hat, viele Väter hatte.

#### Mit zweierlei Mass gemessen

Auf der Krim hat es immerhin eine Volksabstimmung gegeben, in welcher eine grosse Mehrheit der dortigen Bevölkerung dafür gestimmt hat, zu Russland gehören zu wollen. Die Russen stützen sich hierbei auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dessen Rechtscharakter durch Artikel 1, Ziffer 2 der UN-Charta festgehalten wird. Wieso gilt für die Krim – deren Bevölkerung grösstenteils russisch ist und die früher schon zu Russland gehörte – nicht, was die NATO zum Beispiel dem 2008 einseitig ausgerufenen Staat Kosovo zuspricht – nämlich politische Anerkennung? Die dahinterstehenden machtpolitischen Interessen könnten nicht offensichtlicher zu Tage treten. Wenn die Entwicklung auf der Krim für die NATO schon als Grund dafür herhalten muss, um Truppen aufzustocken, wäre es zumindest nichts weiter als fair, als ausgleichenden Gegenpol dazu die Haltung Russlands darzulegen. Der Kreml weist die Darstellung, wonach die Russen die Krim mit militärischen Mitteln «annektiert» hätten, nämlich entschieden von sich.

Was Sie in Ihrem Beitrag gänzlich verschweigen – und das ist eine wirklich unentschuld bare Unterlassung – ist der Umstand, dass die NATO zusammen mit den USA ihre Truppenpräsenz rund um die russische Staatsgrenze schon in den letzten Jahren systematisch ausgebaut hat. Es geht der NATO beileibe nicht nur um vier Bataillone mit je 1000 Mann, die nun urplötzlich aus symbolischen Motiven gegen die bösen Russen in Stellung gebracht werden müssten. Es ist auch nicht «das erste Mal, dass die NATO in grossem Stil Truppen an die Grenzen Russlands verlegt», wie Sie in Ihrem Beitrag kommentieren.

Zwischen März und Juli 2016 kamen bei verschiedenen Manövern der NATO-Staaten in Osteuropa knapp 80 000 Soldaten zum Einsatz. Wie Sie in Ihrem Beitrag antönen, sollen in Zukunft noch mehr Manöver nahe der russischen Grenze stattfinden. Doch warum erwähnen Sie nicht, dass allein 2016 rund 240 NATO-Militärübungen stattfinden sollen? Es fragt sich, wer hier wohl wen einkreist, bedroht und sich als Weltpolizei aufspielt. Wenn Ihr Korrespondent Sebastian Ramspeck, der – wie man in Ihrem Beitrag in Minute 3:54 sieht – im Einspieler zu Beginn seines Schlusskommentars fröhlich mit NATO-Offiziellen schäkert, munter orakelt «(...) sollte Russland Polen oder das Baltikum angreifen (...)», hat das mit seriösem, an Fakten orientiertem Journalismus rein gar nichts mehr zu tun. Die Schweizerinnen und Schweizer haben bessere Informationen verdient, als nichtssagende Floskeln vorgesetzt zu bekommen.

Gerade, wenn man sich die weiteren Beschlüsse des NATO-Gipfels vom 8. bis 9. Juli 2016 vor Augen führt, fällt es einem schwer zu glauben, dass die NATO-Politik lediglich darauf abzielt, sich gegen eine bevorstehende russische Aggression zu verteidigen. Die USA vermeldeten nämlich auch, dass ihr umstrittener «Raketenabwehrschirm», dessen Errichtung ursprünglich zum Schutz vor iranischen Raketen angepriesen wurde, einsatzbereit sei. Am Wochenende übernahm die NATO diese Anlage nun offiziell von den USA. Die NATO hat neu somit das Kommando über das Abwehrsystem, zu dem bisher eine Raketenabschussstation in Rumänien, vier in Spanien stationierte Schiffe und eine Radaranlage in der Türkei gehören. Die Kommandozentrale befindet sich auf dem US-Armeestützpunkt im deutschen Ramstein, von wo aus die USA im Übrigen auch ihre umstrittenen Drohnenangriffe steuern. Zudem beschloss der NATO-Gipfel, den Marineeinsatz im Mittelmeer auszuweiten und voraussichtlich 2017 offiziell im Irak aktiv zu werden (es wurde eine Ausweitung des «Trainingsprogrammes» für irakische Militärs beschlossen).

#### Wer ist der wahre Aggressor?

Warum führe ich das alles – notabene in meiner Freizeit an meinem 27. Geburtstag – so detailliert aus? Um Ihnen aufzuzeigen, dass die Hintergründe des NATO-Russland-Konflikts viel komplexer sind, als Sie es der Schweizer Öffentlichkeit weismachen wollen – und weil ich nicht schweigen kann, wenn im Schweizer Fernsehen gefährlichem Säbelrasseln unhinterfragt eine Bühne geboten wird!

Ist Russland wirklich ein bedrohlicher Aggressor? Wer hat im vergangenen Jahrzehnt, geschweige denn im vergangenen Jahrhundert, etwa mehr Angriffskriege geführt – Russland oder die nur zum Schein für «Freedom and Democracy» kämpfende Supermacht USA, die auch in der NATO den Ton angibt? Rüstet die NATO wirklich bloss wegen des Konflikts um die Krim in noch nie gesehene Ausmass auf? Es sind zumindest Zweifel ange-

bracht, die von einem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender, der gemäss seinem Service Public-Auftrag der ganzen Bevölkerung verpflichtet ist, aufgegriffen und thematisiert werden sollten.

### Nie wieder Krieg in Europa!

Ich stehe vermutlich mit meiner Einschätzung nicht alleine da, dass ob der machtpolitischen Winkelzüge sowohl von Russland als auch seitens der NATO die Kriegsgefahr in Europa seit Jahren nicht mehr so real war wie heute. Ihre voreingenommene, einseitige Berichterstattung trägt nicht dazu bei, die Lage zu entschärfen und das gegenseitige Verständnis zu verbessern. Nein, ich fühle mich ob Ihrer künstlich wiedergegebenen NATO-Rechtfertigungen für Militärinterventionen vielmehr an die Vorzeit des Irak-Kriegs Anfang 2003 erinnert, die ich damals als knapp 13-jähriger Kantonsschüler miterlebt habe.

Ich kann mich noch gut an die mit allen propagandistischen Tricks in die Welt posaunte Mär der Massenkriegswaffen Saddam Husseins erinnern, weshalb der ‹böse Diktator› – von der ‹guten Diktatur Saudi-Arabiens› aus übrigens die Flieger dazu startend – gestürzt werden müsse. Heute wissen wir alle, dass dieser offiziell verkündete Kriegsgrund eine glatte Lüge war. Den ehemaligen US-Aussenminister Colin Powell plagte Jahre später das Gewissen und er plauderte die Wahrheit aus. Der Einmarsch der USA in den Irak hat der oft zitierten ‹Weltgemeinschaft› viel mehr Schaden zugefügt als irgendwelche Vorteile verschafft.

Dass sich die Menschen überall auf unserem Planeten von ihren Regierungen immer wieder vermeintlich notwendige Kriege aufschwätzen lassen, macht mich traurig. Der Nährboden, um die Völker stets von Neuem gegeneinander aufzuhetzen, wird zu oft von den Medien bereitet. Indem Sie als Transmissionsriemen ungefiltert jene Inhalte weitergeben, welche die politischen Eliten verbreitet sehen möchten. Indem sie täuschen, verzerren und relevante Fakten weglassen. Ich weiss, sehr geehrte Redaktion von ‹10vor10›, meine Worte sind hart. Ich werfe Ihnen auch nicht vor, bewusst das Terrain für einen Krieg zu ebnen. Ihre Berichterstattung hat bei mir jedoch ein Schlüsselerlebnis ausgelöst. Mit Dämonisierungen, Denunzierungen und einfältiger Verbreitung von Propaganda hat noch jede Legitimation begonnen, um einen widerspenstigen Feind anzugreifen und aus dem Weg zu räumen. Denken Sie in einer ruhigen Minute doch mal darüber nach.

Wir sind wahrlich an einem Wendepunkt der Geschichte, nur ist vielen der Ernst der Lage noch nicht so richtig bewusst. Das, was für meine Generation seit Geburt an für selbstverständlich gegolten hat, steht ernsthaft auf dem Spiel. Ein Krieg in Europa – etwas, was wir längst überwunden zu haben schienen – ist nicht nur in Geheimdienstkreisen zur real drohenden Gefahr geworden. Das macht mir Angst! In dieser schwierigen Zeit, in der die militärischen Konflikte leicht eskalieren und in der Folge unheimliches Leid anrichten können, darf nicht mit dem Feuer gespielt werden. Ausgewogene Informationsvermittlung über Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Machtinteressen sind umso wichtiger, damit die Bevölkerungen den Durchblick behalten und sich nicht feindselig stimmen lassen.

Gerade als Staatsmedium der neutralen Schweiz, deren offizielle Aussenpolitik seit Jahrzehnten darin besteht, sich genauso von NATO-Interessen abzugrenzen wie von russischer Einflussnahme, haben Sie eine besondere Verantwortung über das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Senden Sie weiter solch einseitige Berichte, müssen Sie sich nicht wundern, dass die sogenannten etablierten Medien in der Bevölkerung immer mehr Vertrauen und Rückhalt verlieren und sich die Bürger lieber auf anderen Kanälen informieren. Es gibt dank des Internets heute eine wachsende Zahl von Medienangeboten, welche die Meinungsvielfalt befruchten. Zum Zweck der Selbstreflexion empfehle ich Ihnen hierzu die am 11. Juli 2016 ausgestrahlte ARD-Dokumentation ‹Vertrauen verspielt?›, welche den Hauptfragen nachgeht, weshalb immer mehr Leute den Leitmedien nicht mehr trauen und wie die Medien dieses verlorene Vertrauen wieder zurückgewinnen können. Nachzuschauen ist die Sendung in der ARD-Mediathek.

Der Unterschied des Staatsfernsehens zu privaten Medien besteht bekanntlich aus dem pikanten ‹Detail›, dass wir alle verpflichtet sind, Ihr Sendeangebot, Ihre Infrastruktur und Ihre Löhne zu finanzieren. Wenn Sie schon vom hart erarbeiteten Geld des Schweizer Volks leben, dann richten Sie sich mit Ihrem Programm bitte auch an die ganze Bevölkerung. Klar wird es immer Sendungen geben, die nicht allen Zuschauern passen – das lässt sich nie vermeiden, und darum geht es gar nicht. Es geht vielmehr um den Grundsatz, heikle Themen nicht nur aus einer Perspektive zu behandeln.

Ich jedenfalls will später nicht zurückschauen und meinen Kindern beschämt sagen müssen, ich hätte nicht Alarm geschlagen, als die Gefahrenwolken anbrechender Kriegshändel am Horizont aufzogen. Darum stehe ich jetzt auf und wende mich direkt an Sie! Mein Gewissen lässt es nicht zu, die einseitige Hetze gegen Russland in den Mainstream-Medien, an der Sie sich – ob bewusst oder unbewusst – beteiligen, länger schweigend hinzunehmen. Es ist mein sehnlichster Geburtstagswunsch für mich und die kommenden Generationen, auch in

Zukunft in Frieden leben zu dürfen. Ich hoffe, Sie nehmen meinen Protest ernst. Es steht mehr auf dem Spiel, als viele denken.

Frieden ist nicht rechts. Frieden ist nicht links. Frieden ist die Stimme in deinem Herzen in dir drin. Friede ist der Weg. Friede ist der Sinn. Kriege kann man nur verlieren. Und Frieden nur gewinnen. (*Kilez More – PEACE*)  
Ich danke Ihnen für die Entgegennahme meines am 12. Juli 2016 verfassten Schreibens und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Freundliche Grüsse

Anian Liebrand, ehem. Präsident Junge SVP Schweiz

Quelle: <https://deutsch.rt.com/gesellschaft/39477--schweizer-haben-besseres-verdient/>

## Zu folgenden Artikeln ist im Sonder-Bulletin Nr. 101 vom August 2016 folgende Antwort zu einer Leserfrage gegeben:

**Antwort auf Frage zwei:** Was nun Ihre zweite Frage betrifft, die sich auf den Militärputsch in der Türkei bezieht, so ist diesbezüglich zu sagen, dass auch darüber gesprochen wurde, wobei beim 656. Kontaktgespräch vom 17. Juli 2016 der Plejare Ptaah erklärte, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan das Ganze des Militärputschs und dessen «Niederschlagung» selbst ausgebrütet hat. Schon 2014 erklärte Ptaah in einem Privatgespräch, als Erdogan am 28. August 2014 als zwölfter Präsident der Republik Türkei an die Macht kam, dass er eine religiös geprägte Diktatur anstrebe, die nunmehr im Sinn einer Autokratie-Diktatur zu verstehen sei.

### Der wahre Putschist ist Erdogan selbst

*Veröffentlicht von: Alpenschau am: 22. Juli 2016 in: Alpenschau aktuell, Flüchtlingskrise, Terror, Weltgeschehen*



Erdogan hat dem türkischen Volk ein tolles Theater vorgeführt und sie sind naiv und gutgläubig darauf reingefallen! Warum hat er es gemacht? Weil er dadurch alle Gegner beseitigen und damit seine Macht vollständig ausbauen kann. Der türkische Staatspräsident nutzt nun den gescheiterten Putsch, um die Demokratie mit Massenverhaftungen in eine Despotie zu verwandeln. Gewaltenteilung und Opposition stehen vor dem Aus.

### Erdogan erweist sich als der eigentliche Putschist!



Napoleon wurde in Deutschland vor 200 Jahren vorgeworfen, er habe eine «Revolution von oben» betrieben, sei blutiger Diktator und Kriegsfürst geworden, indem er vorgab, den vermeintlichen Volkswillen brutal gegen Putschisten durchsetzen zu müssen.

### Recep Tayyip Erdogan hat von Napoleon gelernt:

Am erfolgreichsten ist ein Putsch immer dann, wenn er von ganz oben kommt. Der türkische Staatspräsident nutzt den Mini-Putsch einiger Offiziere, um selbst einen Mega-Putsch

zu wagen. Er weitet seine Macht in der Türkei aus wie Napoleon 1799 in Frankreich und spricht ungeniert von einer massenhaften «Säuberung aller staatlichen Institutionen».

Nur wenige Stunden nach dem gescheiterten Putschversuch wurden auf einen Schlag 2745 Richter abgesetzt, darunter oberste Verfassungsrichter und Staatsanwälte. Rund 6000 Soldaten wurden festgenommen, fast 13 000 Staatsbeamte abgesetzt, 8000 Polizisten suspendiert. Sie alle werden binnen Stunden beschuldigt, an der vereitelten Machtübernahme beteiligt gewesen zu sein. «Die Säuberung aller staatlichen Institutionen von diesem Geschwür wird weitergehen», dröhnt Erdogan.

Seither wird in seinem Namen drangsaliert, gerächt, gefoltert und getötet. Er verbreitet gezielt Angst und lässt alle verfolgen, die ihm schon immer zu kritisch gewesen sind. Er will sogar die Todesstrafe wieder einführen und wähnt sich bei alledem von Allah beschenkt.



Kurzum: Seine Despotie zeigt dieser Tage ihre grausame Fratze.



Es muss vorgefertigte Säuberungslisten mit Namen von Erdogans Gegnern gegeben haben – anders ist die blitzartige Verhaftungswelle in der Türkei nicht zu erklären. Erdogan hat die Gleichschaltung der Türkei offenbar generalstabsmässig geplant. Schon kurz vor dem Putsch waren 1500 Richter und Staatsanwälte in den Präsidentenpalast «eingeladen» worden, um auf Linie gezwungen zu werden.

Die Juristen mussten in ihren Roben erscheinen, die Teilnahme war verpflichtend – so hat Erdogan erkennen können, welche Juristen ihm loyal gegenüberstehen und welche nicht. Und Ende Juni hatte das Parlament zudem

einen umstrittenen Gesetzesvorschlag der islamisch-konservativen Erdogan-Partei AKP verabschiedet, der einen Abbau von Richterstellen vorsieht und Erdogan das Recht einräumt, Richter persönlich zu benennen. Bereits das war ein Anschlag auf die demokratische Verfassung und Gewaltenteilung. Nun macht Erdogan die Justiz im Handstreich zum Handlanger der Exekutive.

### Der Plan: Ein islamistisches Sultanat

Erdogans unverhohlenes Ziel ist ein islamistisches Sultanat – dabei stehen ihm unabhängige Richter und Staatsanwälte im Weg. Denn seit Gründung der Türkischen Republik 1923 gilt die Justiz als eine Bastion der laizistischen Kemalisten.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann spricht nun Klartext:

«Wenn Tausende Richter und Staatsanwälte, die offensichtlich nichts mit dem Putsch zu tun hatten, abgesetzt werden, ist das ein Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat.»

Erdogan versucht nicht einmal mehr, seine Putschistenabsicht zu kaschieren:



«Dieser Aufstand ist für uns eine Gabe Gottes, denn er liefert uns den Grund, unsere Armee zu säubern», verkündet er und verbreitet Angst auch bei kritischen Journalisten, Abgeordneten und Intellektuellen.

Binnen 48 Stunden hat die Aufsichtsbehörde für Telekommunikation (TIB) auf Anweisung des Büros des Ministerpräsidenten bereits mehr als ein Dutzend Nachrichtenwebseiten gesperrt.

Europa droht nun vor der eigenen Haustür eine islamistische

Grossdiktatur. Ein EU-Beitritt der Türkei wird schlagartig undenkbar. Erdogans Regime entfernt sich rasend schnell vom Menschenrechtskodex und den Grundwerten der parlamentarischen Demokratie. Auch das NATO-Bündnis mit der Türkei gerät ins Wanken, denn das Verteidigungsbündnis kann schlecht eine islamische Aggressionsdespotie in ihren Reihen akzeptieren, zumal Erdogan in Syrien offen Terrorgruppen unterstützt und die Kurden (immerhin treue NATO-Partner) mit Kriegen überzieht.

### Merkel macht keine gute Figur

Angela Merkels Türkei-Politik ist schlagartig blamiert, ihre Anbiederung an Erdogan zum Kaschieren der eigenen Fehler in der Flüchtlingsfrage wirkt heute geradezu beschämend. Schon die Böhmermann-Affäre entlarvte die moralische Schiefelage der Kanzlerin mit Blick auf die Türkei.



Das setzt sich nun fort:

Für den Schein-Putsch der niederen Offiziere hatte sie rasch markige Worte parat, beim Staatsstreich Erdogans wirkt sie ebenso dünnlippig wie bei der Demütigung des Deutschen Bundestags in der Bundeswehrfrage.

Deutschland wird es nun nicht mehr dulden können, dass Bundestagsabgeordneten der Besuch der eigenen Bundeswehrtruppe vor Ort verweigert wird, nur weil sich Erdogan durch die Armenien-Resolution des Bundestages beleidigt fühlt.

Europas Türkeipolitik kommt damit an einen historischen Wendepunkt. Die EU hatte ihre Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt im Juni ausgeweitet – als Gegenleistung für die Rücknahme von Flüchtlingen aus Griechenland. Doch der Flüchtlingsdeal mit der Türkei, sich Erdogan als dubiosen Grenzpolizisten einzukaufen, war von Anfang an moralisch fragwürdig und machtpolitisch fatal.

Denn Europa hat sich erpressbar gemacht, nur weil man seine Grenzen nicht selbst schützen wollte.



**Nun wird Europa eine neue Wehrhaftigkeit brauchen. Denn in Ankara baut Erdogan im Zeitraffertempo ein Neo-Sultanat, das Europa unverhohlen mit der Migrationswaffe droht.**

**Die kleinen Putschisten sind weg, der grosse Putschist kennt keine Skrupel!**

Quelle: Ein Artikel von Wolfram Weimer – Die Alpenschau bedankt sich!

Quelle: <http://alpenschau.com/2016/07/22/der-wahre-putschist-ist-erdogan-selbst/>

## Grosskundgebung in Istanbul: Erdogan stellt erneut Todesstrafe in Aussicht

*Epoch Times 7. August 2016 Aktualisiert: 8. August 2016 7:37*

«Wenn es (das Volk) so eine Entscheidung trifft, dann, glaube ich, werden die politischen Parteien sich dieser Entscheidung fügen», sagte Erdogan am Sonntagabend bei einer Grosskundgebung in Istanbul gegen den Putschversuch.



Hauptredner der «Demokratie- und Märtyrer-Versammlung» ist Erdogan selbst. Foto: Sedat Suna/dpa

Istanbul (dpa) – Drei Wochen nach dem Putschversuch in der Türkei hat Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan vor einem Millionenpublikum erneut die Wiedereinführung der Todesstrafe in Aussicht gestellt.

«Wenn es (das Volk) so eine Entscheidung trifft, dann, glaube ich, werden die politischen Parteien sich dieser Entscheidung fügen», sagte Erdogan am Sonntagabend bei einer Grosskundgebung in Istanbul gegen den Putschversuch. Vor jubelnden Teilnehmern fügte er hinzu: «So eine Entscheidung vom Parlament würde ich ratifizieren.»

Erdogan verwies erneut darauf, dass ausserhalb der EU «die überwiegende Mehrheit» der Länder die Todesstrafe habe. Die EU hat angekündigt, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abzubrechen, sollte das Land die 2004 abgeschaffte Todesstrafe wieder einführen.

Erdogan dankte bei der «Demokratie- und Märtyrer-Versammlung» in Istanbul den anwesenden Oppositionsvertretern für ihre Teilnahme. Zu der Veranstaltung waren auf Einladung des Präsidenten auch Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu von der Mitte-Links-Partei CHP und der Chef der ultranationalistischen MHP, Devlet Bahceli, gekommen. Nicht eingeladen wurde die pro-kurdische HDP. Erdogan wirft der zweitgrössten Oppositionspartei im Parlament Verbindungen zur verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK vor.

Erdogan dankte den Türken auch im Ausland für ihre Unterstützung. Zugleich kritisierte er, dass er sich bei der Kundgebung in Köln vor einer Woche nicht per Videoleinwand zuschalten durfte. «Wo ist die Demokratie?», fragte er. Der Präsident warf deutschen Behörden vor, bei einer früheren Veranstaltung in Köln eine Videoschleife der PKK zugelassen zu haben. «Sollen sie die Terroristen nur ernähren», sagte er. «Wie ein Bumerang wird es sie treffen.»

Ministerpräsident und AKP-Chef Binali Yildirim hatte Parteiflaggen untersagt, um eine Veranstaltung über Parteigrenzen hinweg zu ermöglichen. Auf Fernsehbildern war ein Meer an türkischen Flaggen zu sehen. Yildirim dankte Kilicdaroglu und Bahceli bei der Kundgebung für ihre Unterstützung während des Putschversuchs und danach.

Kilicdaroglu forderte, die «Versöhnungskultur» in die Zukunft zu tragen. Bahceli sprach sich für eine Überwindung der «Polarisierung» der Türkei aus und sagte: «Lasst uns eine neue Seite aufschlagen.» Armeechef Hulusi Akar – der von den Putschisten gefangen genommen worden war – nannte die Umstürzler aus den Reihen der Streitkräfte «Monster und Verräter mit blutigen Händen in Militäruniform.» Die Türkei macht den in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich und geht hart gegen dessen Anhänger vor.

Aus türkischen Regierungskreisen hiess es, an der Grosskundgebung hätten auf dem Veranstaltungsareal in Yenikapi und in der Umgebung rund fünf Millionen Menschen teilgenommen. Anwesende sprachen zwar ebenfalls von einem Millionenpublikum, hielten fünf Millionen allerdings für zu hoch gegriffen. Erdogan hatte das Volk in seiner Funktion als «Präsident und Oberbefehlshaber» eingeladen.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/erdogan-stellt-erneut-todesstrafe-in-aussicht-a1349289.html>

## Will Erdogan 13 000 Gefangene umbringen?

*Dienstag, 26. Juli 2016, von Freeman um 12:05*

Erdogan hat sich erneut für die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei ausgesprochen. «Ich bin kein König. Ich bin nur ein Staatspräsident.» Er müsse aber das Volk anhören, und dieses wolle die Todesstrafe. Die EU hat aber gewarnt, dass die Wiedereinführung der Todesstrafe den Abbruch der EU-Beitrittsgespräche zur Folge hätte. Dazu sagte Erdogan: «Nur in Europa gibt es keine Todesstrafe. Ansonsten gibt es sie fast überall.» Das behauptete er am Montag in einem ARD-Interview.



Damit sagt Erdogan wie üblich wieder die Unwahrheit, denn es ist genau umgekehrt. Von den 198 Ländern gibt es nur noch in 56 die Todesstrafe und die meisten sind entweder moslemische oder kommunistische Länder, ausser den USA. Hinrichtungen finden praktisch nur noch in China, Iran, Irak, Saudi-Arabien, Jemen und in den USA statt, in den anderen 56 Ländern steht die Todesstrafe im Strafgesetz, wird aber kaum noch praktiziert. Erdogan ist ein LÜGNER, aber das wissen wir schon lange. Ausserdem: Was soll seine Behauptung, das Volk wolle die Todesstrafe? Gab es eine Umfrage oder ein Referendum in der

Türkei über dieses Thema, von dessen Resultat wir nichts wissen? Gab es nicht, also meint Erdogan wohl, ER sei das Volk und ER will die Todesstrafe.

Von den 78,7 Millionen Türken, die in der Türkei leben, demonstrierten gerade mal höchstens 30 000 am Samstag grölend auf dem Taksim-Platz, also nur 0,038% der Bevölkerung, und da ist die «Opposition» gegen Erdogan als CHP schon dabei. Wie kann man deshalb behaupten, das Volk wolle die Todesstrafe???

Erdogan sagte am Samstag, seit dem gescheiterten Putsch seien mehr als 13 000 Menschen festgenommen worden, knapp 6000 davon seien in Untersuchungshaft. Bereits vorher am 18. Juli hat Erdogan in einem CNN-Interview über diese Gefangenen gesagt: «Das Volk hat die Meinung, diese Terroristen sollten getötet werden. Warum soll ich sie weiter in den Gefängnissen auf Jahre hinaus füttern? Das sagt das Volk!»

Siehe den Artikel des Guardian. Als ich das hörte verschlug es mir die Sprache. Was heisst das? Will er sie alle umbringen, um die Kosten für die Gefangenschaft zu sparen? Deshalb das Verlangen nach der Todesstrafe, um eine Massenexekution durchführen zu können?

Laut Amnesty International gibt es «glaubhafte Beweise», dass die türkische Polizei die Gefangenen misshandelt, ihnen Essen und Trinken sowie die medizinische Versorgung verweigert. In einigen Fällen wurden die Gefangenen massiv geschlagen und gefoltert, um schliesslich vergewaltigt zu werden. Dann ist es zur Tötung der Gefangenen nicht mehr weit.

John Dalhuisen, der europäische Direktor von Amnesty International, sagte: «Berichte über Misshandlungen, einschliesslich Folter und Vergewaltigung, sind extrem alarmierend, speziell wenn man die Grössenordnung der Gefangennahme in der letzten Woche betrachtet.»

Aber so ein Massenmord wäre auch nichts Neues, denn in der Türkei wurden 1915 während des Osmanischen Reichs 1,5 Millionen Menschen der christlichen Minderheit der Armenier ermordet, und dieser Genozid ist in die Geschichte als der Völkermord an den Armeniern eingegangen.

Eine «Säuberung» gab es bereits damals, denn am 25. Februar 1915 hatte der Generalstab der osmanischen Armee die Direktive Nr. 8682 von Enver Pascha über eine «verstärkte Sicherheit und Vorsicht» an alle Armeeeinheiten gesandt, in dem die Entfernung aller ethnischen Armenier aus den Reihen der Armee befohlen wurde.

Der Befehl zur Säuberung wurde von Enver Pascha mit der Behauptung begründet, «er habe Angst, sie (die Armenier) würden mit den Russen kollaborieren.» Diese Entfernung der armenischen Soldaten aus der osmanischen Armee war ein wichtiger Schritt zu dem darauf folgenden Völkermord. Sie wurden zusammengetrieben und in Massen exekutiert.

Wir sehen, was sich heute in der Türkei ereignet, diese übertriebene Panikmache durch die Staatsführung über einen inneren Feind in den eigenen Reihen, der ausgesondert und ausgemerzt werden muss, ist bereits vor 100 Jahren passiert. Damals waren es die Armenier, heute sind es die sogenannten Gülen-Anhänger, aber auch die Kurden und andere religiöse Minderheiten.

Wenn man sich die Aussagen von damals anhört, dann klingt es wie heute. Denn bis 1914 hatte das osmanische Regime bereits die Propaganda-Kampagne gestartet, die Armenier, die im Osmanischen Reich leben, würden eine Bedrohung der Sicherheit des Reichs darstellen. Um das ungeheuerliche Verbrechen zu rechtfertigen, wurde das Propagandamaterial in Konstantinopel gründlich vorbereitet.

International anerkannt heisst die Stadt erst seit 1930 «Istanbul». Gegründet wurde sie 660 v. Chr. unter dem Namen «Byzantion». Am 11. Mai 330 n. Chr. machte der römische Kaiser «Konstantin der Grosse» sie zu seiner Hauptresidenz und deshalb der Name «Konstantinopel», der 1600 Jahre lang galt!

Im Propagandamaterial stand zum Beispiel: «Die Armenier sind im Bündnis mit dem Feind. Sie werden einen Aufstand in Istanbul in Gang setzen, die Führung der Ittihadisten (eine radikal islamische Partei) töten und werden erfolgreich die Strasse der Dardanellen öffnen», für die alliierten Streitkräfte.

In der Nacht vom 23. auf den 24. April 1915, unter den Armeniern bekannt als «Roter Sonntag», hat das osmanische Regime ungefähr 250 armenische Intellektuelle und Gemeindeführer in Konstantinopel eingesammelt und eingesperrt und dann später in ein Konzentrationslager nach Ankara gebracht.

Nach der Verabschiedung des Tehcir-Gesetzes am 29. Mai 1915, wurde die Führung der Armenier schrittweise deportiert und ermordet. Das Datum 24. April ist deshalb für die Armenier weltweit der Gedenktag an den Genozid.

Das Tehcir-Gesetz oder Deportationsgesetz war ein am 27. Mai 1915 vom Parlament des Osmanischen Reiches verabschiedetes provisorisches Gesetz, das zur Deportation der armenischen Bevölkerung bevollmächtigte. Die Umsiedlungskampagne führte zum Tod von 1,5 Millionen Zivilisten und wird allgemein als Völkermord an den Armeniern bezeichnet. Das Gesetz trat offiziell am 1. Juni 1915 in Kraft und galt bis zum 8. Februar 1916.

Es gab aber nicht nur den Genozid gegen die Armenier. Zwischen 1914 und 1922 gab es auch den Völkermord an den Griechen in der Türkei. 900 000 ethnische Griechen wurden aus ihrer Heimat Anatolien vertrieben und 750 000 kamen vorher ums Leben. Es war die ethnische Säuberung der griechisch-orthodoxen Christen aus dem Osmanischen Reich während des I. Weltkrieges.

1923 kam es zum ‹Volksaustausch› zwischen Griechenland und der Türkei, eine Vereinbarung die am 30. Januar 1923 in Lausanne unterzeichnet wurde. 1,3 Millionen Griechen migrierten zwangsweise nach Griechenland und in die umliegenden Länder, nämlich die, welche wie oben beschrieben wegen dem Genozid noch nicht geflüchtet oder tot waren, dafür kamen 500 000 griechische Muslime in die Türkei.

Um die ethnische und religiöse Säuberung in Zahlen darzustellen: Im Jahr 1906 bestand die Bevölkerung der Türkei zu 20 Prozent aus Nicht-Muslimen, aber 1927 nur noch aus 2,6 Prozent.

Um die Worte von Erdogan richtigzustellen: ‹Ich bin kein König. Ich bin auch kein Staatspräsident mehr. Ich bin jetzt der Sultan des neuen Osmanischen Reichs, der neue Pascha! Haha, jetzt wird so richtig aufgeräumt!›



So sah das armenische Quartier von Adana 1909 nach dem Massaker aus, wobei 15 000 bis 30 000 Armenier durch Soldaten des Osmanischen Reichs ermordet wurden. Gibt es einen Unterschied zu den Städten und Dörfern der Kurden in der Türkei, die jetzt zerbombt werden?



Durch die türkische Armee zerstörte Stadt Cizre in der Süd-türkei aus der 130 000 Bewohner kurdischer Abstammung flüchten mussten und erst im März 2016 zurückkehren durften:

Irgendwie haben die Türken, welche die radikal islamische Ideologie in sich haben und den Gottesstaat wollen, im Gegensatz zu den Türken, die einen toleranten und säkularen Staat wollen, immer schon einen Hang zur Gewalt gegen Menschen anderer Religionen, gegen Minderheiten und Andersdenkende. Deshalb das Verlangen nach der Todesstrafe?

Die deutschen Medien haben versucht die Identität des Attentäters von München in die rechte Ecke zu schieben, wie üblich, indem sie seinen Namen verschleierten und ihn nur Davis S. nannten. Dann änderten sie seinen Namen auf Ali David Sonboly, damit er westlich klingt. Dabei ist sein richtiger Name Ali Daud Sunbuli ((يالبسن)), ein arabischer Name, der ‹Weizenkern› bedeutet. Er ist kein Iraner sondern Syrer und seine Facebook-Seite zeigt eine türkische Flagge, denn er ist gegen Assad und für Erdogan und für die türkischen Islamisten. Es handelte sich also doch um einen Terroranschlag mit islamistischem Hintergrund, dem aus Hass neun Menschen zum Opfer fielen, was die deutschen Sicherheitsbehörden leugnen.

In einem Interview hat der syrische Islam-Reformer Muhammad Shahrour gesagt: ‹Der Hass ist Teil unserer Kultur›, der moslemischen. Er gibt islamischen Gelehrten die Schuld für den Terror. Sie hätten die Gläubigen in die Irre geführt. ‹Unser Glaube hat sich seit dem Mittelalter kaum verändert›, sagt er.

‹Sie sagen, ein echter Muslim dürfe mit einem Christen keine Freundschaft schliessen. Er müsse den Westen hassen. Diese Ideen sind in unseren Schriften enthalten. Und sie stimmten wohl für die Zeit, in der der Koran geschrieben wurde. Doch heute passen sie nicht mehr.›

Dem katholischen Priester Jaques Hamel (†86) in der christlichen Kirche von Saint-Étienne-du-Rouvray, Frankreich, auf dem Altar die Kehle durchzuschneiden und dabei ein Selfi machen ist sicher nicht ‹gottgefällig›. Für diese feige, abscheuliche und mörderische Tat werden die ‹Gläubigen› des Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates) nicht im Paradies landen sondern in der ewigen Verdammnis.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/07/will-erdogan-13000-gefangene-umbringen.html#ixzz4Gu0rXyYJ>

## Ein Putsch der keiner war und keine Führung hat

*Dienstag, 19. Juli 2016, von Freeman um 08:00*

Was sich in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli in der Türkei abgespielt hat, ist wohl der merkwürdigste Staatsstreich, den es je in der Geschichte gegeben hat. Ein Putsch so dilettantisch und amateurhaft ausgeführt, dass er bereits ‚gescheitert‘ war, kaum hatte er begonnen – nach nur einer Stunde. Dieses ‚Versagen‘ der ‚Putschisten‘ in der Ausführung steht aber im totalen Widerspruch zu der perfekten Geheimhaltung ihrer Pläne. Kein einziger türkischer Geheimdienst hatte eine Ahnung, dass ein Putsch gegen die Regierung stattfinden wird. Weder der Millî İstihbarat Teşkilâtı (MİT), noch der Jandarma İstihbarat ve Terörle Mücadele (JİTEM) wussten etwas davon. Das wird uns jedenfalls erzählt.

Wir haben also ein totales Versagen aller türkischen Sicherheitsbehörden, den Putsch vorab zu verhindern, aber einen totalen Erfolg, diesen in der Ausführung sofort zu unterdrücken. Für mich stinkt das zum Himmel und bestätigt meine Vermutung, Erdogan hat den Putsch selbst inszeniert. Denn, wieso tadelt Erdogan dieses völlige Versagen seiner Geheimdienste nicht? Kein Wort der Kritik ist von ihm zu hören. Es werden jetzt alle staatlichen Institutionen von den ‚Feinden‘ gesäubert, über 20 000 Staatsdiener der Justiz, des Militärs und der Polizei sind bisher entlassen oder verhaftet worden, nur keiner von den Geheimdiensten. Wieso? Eine sehr widersprüchliche Reaktion.

Es ist auch ein Putsch ohne eine sichtbare Führung, denn niemand hat sich nach der Übernahme der TV-Sender am Freitagabend dem türkischen Volk als Ersatz für Erdogan und als neuer Staatschef vorgestellt. Kein ranghoher Offizier trat hervor, hat sein Gesicht gezeigt und hat die Gründe für eine Entfernung der Regierung erklärt. Das ist sehr merkwürdig und unüblich. Es hat sich sogar bis heute niemand als Anführer des Putsches bekannt. Was wir hören sind nur unbewiesene Beschuldigungen seitens Ankara, der 77-jährige in den USA im Exil lebende Prediger Fethullah Gülen sei der grosse Drahtzieher und der Ex-Luftwaffenchef Akin Öztürk sei der Anführer des Putschversuchs. Beide weisen diese Behauptungen entschieden zurück.

Am Montag ist in der Pressearbeit des Erdogan-Regimes etwas sehr Merkwürdiges passiert. Zuerst meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu, der Ex-Luftwaffenchef Öztürk habe seine Beteiligung am Putsch gestanden, er habe gegenüber Vernehmungsbeamten gesagt, er hätte «mit der Absicht gehandelt, den Putsch zu inszenieren». Die Nachrichtenagentur verbreitete daraufhin folgenden Tweet und die Meldung wurde von allen westlichen Medien übernommen. Anadolu zeigte dabei Öztürk in einer erniedrigenden Pose in Handschellen als Schwerstkriminellen.

ANADOLU AGENCY (ENG) @anadoluagency · 56m  
#Breaking Former Turkish air force chief tells interrogators he 'acted with intention to stage coup'



Auf den Fotos sieht man Öztürk, dessen rechtes Ohr bandagiert ist und der Verletzungen im Gesicht und an den Armen hat. Er ist offensichtlich misshandelt und geschlagen worden, vielleicht sogar gefoltert.

Einige Zeit später hat die Agentur ihren eigenen Bericht zurückgezogen, den Tweet gelöscht und genau das Gegenteil gemeldet. Anadolu berichtete, Öztürk habe in seiner Aussage bei der Staatsanwaltschaft zu dem geplatzten Coup gesagt: «Ich weiss nicht, wer ihn geplant und wer ihn geleitet hat.» Anadolu zierte Öztürk mit folgenden Worten: «Meinen Erfahrungen nach denke ich, dass die parallele Struktur (des Predigers Fethullah Gülen) diesen militärischen Putschversuch durchgeführt hat. Aber ich kann

nicht ermesen, wer innerhalb der Türkischen Streitkräfte diese Sache organisiert und realisiert hat. Was das betrifft, habe ich kein Wissen. Ich habe gegen diese Struktur (Gülen) sehr gekämpft.»

Warum hat das Erdogan-Regime zuerst die Schuld auf den ehemaligen Luftwaffenchef geschoben, um dann die Geschichte zu ändern? Ganz einfach, weil Erdogan 2013 Öztürk selbst zum Chef der Luftwaffe gemacht hat, weil er dessen Vorgänger nicht über den Weg traute. Er hat seine Karriere vor allem Erdogan zu verdanken und jetzt soll er angeblich einen Putsch angeführt und sich damit ‚auf verbrecherische Weise illoyal gezeigt‘ haben, wie es aus Kreisen der Regierungspartei AKP heisst.

Das wirft ein schlechtes Licht auf die Personalpolitik von Erdogan.

Nein, man hat einen besseren Sündenbock gefunden, nämlich Fethullah Gülen. Das Regime hat entschieden, dass es besser ist, wenn Öztürk die ‚Gülen-Bewegung‘ beschuldigt, statt als Chef des Putsches hingestellt zu werden. Diese totale Kehrtwendung in der Schuldfrage zeigt für alle sichtbar, dass das Erdogan-Regime die Schilderung über den Putsch fabriziert wie es will. Noch ein Hinweis, es handelt sich um einen Pseudo-Putsch.

Der 75-jährige Gülen ist wie in Orwells 1984 «der Staatsfeind» namens Emmanuel Goldstein. Ziel ist es, in der Bevölkerung mehr Hass gegen diese Figur auszulösen. Dieser Hass wird den Türken als Teil der allgegenwärtigen Propaganda täglich neu eingehämmert und dient dazu, die Bevölkerung durch das gemeinsame, allgegenwärtige und anscheinend übermächtige Feindbild zusammenzuschweissen und von ihrem entbehrungsreichen, von harter Arbeit geprägten Leben abzulenken.

Es gebe unsichtbare Organisatoren dieses Putsches, die eine unsichtbare «Struktur» innerhalb des Staates bilden, die von Gülen aus der Ferne aus seinem Domizil in Pennsylvania auf unsichtbare Weise geleitet würden. Dieses Märchen erzählt uns Erdogan, der damit einen Grund erfindet, den ganzen Staatsapparat von vermeintlichen Gegnern und Kritikern zu säubern, ohne den ordentlichen Rechtsweg zu gehen.

Noch nie von einer Unschuldsvermutung gehört? Sie ist eines der Grundprinzipien eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens. Das ist offensichtlich in der Türkei nicht mehr der Fall. Jeder kann jeden als «Gülen-Anhänger» denunzieren und ab ins Gefängnis.

Laut Pressemeldungen sind landesweit 8000 Polizisten, aber speziell in Istanbul und Ankara, von ihrem Posten entfernt worden, mit dem unterstellten Verdacht, sie seien am Putschversuch beteiligt gewesen. Aber die Säuberung geht sogar ausserhalb des Sicherheitsdienstes weiter, denn 1500 Finanzbeamte sind ebenfalls entlassen worden, plus 30 Gouverneure und mehr als 50 hochrangige Staatsbeamte. 3000 Richter und Staatsanwälte wurden bereits suspendiert.

Premierminister Binali Yildirim sagte, 7543 Personen seien bisher verhaftet worden, einschliesslich 6038 Soldaten. Es wurden Fotos in den Medien veröffentlicht, die fast nackte Soldaten zeigen, die auf dem Boden von Polizeibussen und Sporthallen liegen. Viele weisen Verletzungen auf. 26 Generäle und Admirale sind ebenfalls am Montag abgeführt worden. Was Erdogan durchführt, ist eine gigantische Säuberungsaktion, so wie Stalin es machte.

Wie kann man behaupten, «das türkische Volk» stehe hinter Erdogan, wenn es so viele angebliche «Feinde» im Staat gibt? Gehören diese nicht zum Volk? Ausserdem: Wenn plötzlich so viele Staatsbedienstete fehlen, dann funktioniert ja der Staat nicht mehr. Wer macht die Arbeit und wo soll der Ersatz herkommen? Und was passiert mit den vielen Familien, wenn das Einkommen der Verhafteten und Geschassten fehlt?

Am Montagnachmittag ist ein Schütze ins Büro von Cemil Candas eingedrungen, dem Vizebürgermeister des Sisli-Districts in Istanbul, und hat ihn niedergeschossen. Kurz darauf erlag er seinen schweren Verletzungen. Candas gehörte der sozialdemokratischen Oppositionspartei CHP an. So brutal gehen die radikalen Eiferer Erdogans gegen die Opposition vor. Der Täter wurde bisher nicht gefasst! Laut Zeugenaussagen traf der Schuss Candas in den Kopf.

Aber einen unsichtbaren Feind im Inneren zu erfinden reicht nicht, um eine Säuberungswelle durchzuziehen, es muss auch ein äusserer Feind her, damit die Massen Erdogan in blindem Eifer als Führer anhimmeln und ihm folgen. Der äussere Feind der Türkei sind jetzt die Vereinigten Staaten, sagt Erdogan, weil Gülen dort beherbergt wird, und er wird die Beziehungen überdenken, wenn Washington den Prediger nicht ausliefert.

«Jedes Land, das Fethullah Gülen beschützt, ist ein Feind der Türkei,» hat Premierminister Yildirim am Samstag gesagt. Das kommt einer Kriegserklärung gleich und es ist eine sehr schwerwiegende Aussage, dem Hauptalliierten so zu drohen. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, hat Erdogan befohlen, die NATO-Luftwaffenbasis Incirlik abzuriegeln, alle Luftoperationen einzustellen und der Strom zur Basis wurde gekappt.

Am Montag sollen sogar türkische Polizisten die Basis durchsucht haben, wie staatliche Medien berichten. Incirlik ist nicht irgendeine Basis, sondern die wichtigste der Amerikaner und der NATO im Mittleren Osten, wo sogar Atombomben lagern. Das heisst, zum ersten Mal in der Geschichte ist den Amerikanern der Zugriff auf die eigenen Atomwaffen von Gastland untersagt worden. Das ist der Hammer!!!

Obwohl die Basis angeblich wieder den «Normalbetrieb» aufgenommen hat, ist Erdogan mit der Blockade auf Konfrontationskurs mit den USA gegangen. US-Offizielle sind über die Vorgehensweise von Erdogan nach dem Putschversuch völlig konsterniert und sagen, die zukünftigen Beziehungen seien davon abhängig, wie Erdogan die Gülen-Bewegung verfolge und wie weit die Säuberung gehen werde.

Der Kommandant der Luftwaffenbasis Incirlik, General Bekir Ercan Van, gehört auch zu den Verhafteten.

«Wir meinen, die Türkei ist weit darüber hinausgegangen, was wir gerne sehen würden», sagte ein US-Offizieller, der anonym seine Meinung äusserte.

Kein Wunder reagiert Washington entsprechend befremdet. Nicht nur wurde bereits von US-Aussenminister John Kerry jede Beteiligung am Putsch durch die USA aufs schärfste zurückgewiesen, die amerikanische Luftfahrtbehörde FAA kündigte am Montag auch an, den heimischen Luftraum für die halbstaatliche Fluggesellschaft Turkish Air bis Ende August zu sperren. Keine Maschine darf in den USA starten oder landen.

Die Begründung der FAA: Nach dem Terroranschlag am Flughafen von Istanbul und dem gescheiterten Militärputsch sei die Sicherheitslage in der Türkei nicht mehr vertrauenswürdig. Das wird Turkish Air wirtschaftlich sehr schwer treffen.

Gestern wurde die Türkei von westlichen Staatschefs gewarnt, es könne vor einer internationalen Isolation stehen, einschliesslich einer Suspendierung der NATO-Mitgliedschaft, wenn Erdogan seine Macht zu sehr ausweite und die Säuberung weiter völlig willkürlich ohne Rechtsweg durchführe.

Widersprüchlich ist: Trotz des Ultimatums der Türkei gegen Washington, Gülen auszuliefern, wurde bisher noch kein formeller Auslieferungsantrag gestellt. Dazu sind Beweise für eine strafbare Beteiligung am Putschversuch notwendig, die Washington verlangen wird, die es aber offensichtlich nicht gibt.

Ein Putsch der keiner war und keine Führung hat, sondern nur eine Inszenierung ist!

Hier weiterlesen: *Alles Schall und Rauch: Ein Putsch der keiner war und keine Führung hat* <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/07/ein-putsch-der-keiner-war-und-keine.html#ixzz4FWB3lQxB>

## Die nächste Flüchtlingswelle: IOM organisiert die heimlichen «Familiennach(t)flüge» nach Deutschland

9. August 2016 aikos2309



Während der deutsche Michel friedlich im Bett schlummert, landen immer neue Flüchtlings-Flieger auf deutschen Flughäfen. Sie bringen weitere 500 000 Syrer – und es sollen noch mehr kommen.

Der grosse Familiennachzug wird jetzt heimlich und tief in der Nacht von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführt. Sie ist seit 65 Jahren die weltweite Nummer eins, wenn es um «staatliche» Migrationssteuerungen geht.

Deutschland ist wieder ein Drehkreuz für Flüchtlinge – tief in der Nacht donnern die gecharterten Flüchtlings-Flieger über unsere Köpfe. Die Luftbrücke beginnt in der Türkei und sie endet auf deutschen Flughäfen wie Düsseldorf, Hannover oder Köln-Bonn. Dort wurde erst kürzlich das Nachtflugverbot aufgehoben. Für einige Flüchtlinge geht es mit dem Flieger anschliessend weiter in andere Länder Europas. Doch die meisten bleiben. Das Ganze hat eine neue Qualität: Merkels neue Flüchtlinge kommen bei Nacht und Nebel (Offener Brief: Österreichs Adel nennt Merkel «Zerstörerin unseres Kontinents»). Sie spazieren nicht mehr zu Hunderttausenden über die Balkanroute, sie werden nicht mehr an den Bahnhöfen von Deutschen begrüsst. Jetzt fliegen sie ganz legal ein, aber Deutschland soll es nicht mehr mitbekommen.

Die vielen Sonderflüge sind Teil des umstrittenen Flüchtlingsdeals, den Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit dem türkischen Staatsoberhaupt Recep Tayyip Erdoğan ausgehandelt hat. Es ist übrigens das einzige Wort, an das sich der Potentat vom Bosphorus noch hält: Für jeden illegalen Flüchtling, den Griechenland in die Türkei zurückschickt, reist ein Syrer legal in die EU ein. Der Zielort heisst meist Deutschland (Deutsche lehnen Merkels Deal mit der Türkei ab – nur zehn Prozent der Flüchtlinge qualifiziert).

Dieser Flüchtlingsdeal wird gerade für den befürchteten Familiennachzug genutzt. Vor dem zittern viele Deutsche – weil er unsere Flüchtlingszahlen vervier- oder verfünffachen kann. Wir erinnern uns: 2015 kamen 1,1 Millionen Flüchtlinge zu uns – fast ausschliesslich «allein reisende Männer». 428 000 davon waren Syrer, 2016 kamen noch einmal 72 000 – jetzt dürfen ihre Frauen und Kinder bei uns einreisen.

Die Nachzugvisa werden in den Generalkonsulaten folgender Städte ausgestellt: Athen, Beirut, Istanbul, Ankara, Izmir, Amman und Kairo. Die gecharterten Flüchtlings-Flieger starten oft auch aus diesen Städten.

Es werden erst einmal nur 500 000 sein, die bei Nacht und Nebel eingeflogen werden.

Die Prognose gab das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bereits Ende 2015 ab. Warum ist diese offizielle Zahl so ungewöhnlich niedrig? Sie müsste eigentlich bei 1,5 bis zwei Millionen liegen.

Erstens: Weil die Politik die Deutschen erst einmal beruhigen will. Dazu passen ja auch die Nacht-und-Nebel-Flüge für Syrer.

Zweitens: Unsere Bürokraten sind gerade masslos überfordert. Viele Asylverfahren ziehen sich in Deutschland immer noch hin – die Abarbeitung kann Monate oder noch Jahre dauern. Ausserdem schicken deutsche Be-



hörden laufend neue Beamte in unsere Botschaften im Nahen Osten – trotzdem brechen die Visa-Stellen dort unter dem Ansturm zusammen.

Das BAMF räumt gegenüber der Zeit ein: Es gibt eine «erhebliche zeitliche Verzögerung beim Familiennachzug». Das heisst im Klartext: In den deutschen Vertretungen in der Türkei und in Beirut wollen die Warteschlangen kein Ende nehmen. Jetzt wird das Personal dort noch einmal massiv aufgestockt, um endlich mehr Nachzugsvisa ausstellen zu können.

Die Verzögerung habe aber auch ihr Gutes, so das BAMF: Durch den Familiennachzug kommen zwar zusätzliche Kosten auf unsere Sozialkassen zu; wegen der Verzögerung aber nur schrittweise (Asylgrund Krankheit – mehr Migranten beziehen Hartz IV).

Wer organisiert aber den grossen Familiennachzug, der seit Juni abseits der Öffentlichkeit stattfindet? Die Bundesregierung hat zwar den Startschuss auf einer eigenen Webseite gegeben. Durchgeführt wird das Programm aber von der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Sie hat eigene Zentren in Istanbul, Gaziantep und Beirut eröffnet – und auch noch den türkischen Dienstleister iDATA beauftragt («Heute sieht Göttingen aus wie ein Flüchtlingslager»: Syrischer Professor rechnet mit Merkel ab).

Die Flüchtlinge können ihre Nachzugsvisa jetzt auch in den Büros dieser Firma beantragen: Istanbul (Harbiye), Istanbul (Bahariye), Ankara, Izmir, Bursa, Gaziantep, Antalya und Trabzon. Es kommt also wieder einiges zu auf Deutschland: Immer mehr Nachzugsvisa bedeuten auch immer mehr gecharterte Flugzeuge, die tief in der Nacht keine Touristen heimbringen, sondern neue Flüchtlinge.

Die IOM ist kein unbeschriebenes Blatt. Die «Migrationsagentur» entstand 1951 aus dem International Refugee Committee (IRC), das im Nachkriegseuropa die Umsiedlung von Kriegsflüchtlingen steuerte. Schon in den 1950er Jahren konnte das IOM selbst eine Million Menschen umsiedeln.

Heute kann man von einem Konzern sprechen, dessen Ware der Mensch ist. Die IOM arbeitet mit einem Jahresbudget von fast einer Milliarde US-Dollar und beschäftigt in 100 Staaten 5400 Mitarbeiter.

Die «Migrationsagentur» arbeitet eng mit den Vereinten Nationen zusammen und genießt in der UNO-Vollversammlung Beobachterstatus (Vereinte Nationen fordern Bevölkerungsaustausch von Deutschland). Das heisst: Für staatliche Regierungen ist sie Ansprechpartner Nummer eins, wenn eine sogenannte «Migrationssteuerung» durchgeführt werden soll.

Das neueste Projekt der IOM lautet: Möglichst viele Syrer möglichst unbemerkt nach Deutschland einzufliegen.

Quelle: <http://www.pravda-tv.com/2016/08/die-naechste-fluechtlingswelle-iom-organisiert-die-heimlichen-familiennachtfluege-nach-deutschland/>

## Vergewaltigungsspirale ausser Kontrolle?

*Veröffentlicht am 9. August 2016 von Der Troll von Germania*



Die Vergewaltigungswelle weitet sich in allen Städten und Gemeinden aller 16 Bundesländer aus. Deutschland befindet sich nun in einem Teufelskreis, schreibt «Gatestone Institute». Die meisten der Täter werden nie gefunden ...

Die wenigen, die aufgegriffen werden, haben meist milde Strafen zu erwarten. Nur über jedes 10. Vergewaltigungsdelikt in Deutschland wird berichtet, und nur 8% der Vergewaltigungsversuche enden laut Justizminister Heiko Maas mit einer Verurteilung. André Schulz, Leiter des Verbandes der Kriminalpolizei, klagt an, dass 90% der Sexualverbrechen, die 2014 begangen wurden, in keiner Statistik erscheinen. «Es gibt strenge

Anweisungen von oben, nicht über Straftaten, die von Flüchtlingen begangen wurden, zu berichten. Es ist aussergewöhnlich, dass bestimmte Täter vorsätzlich nicht gemeldet werden und die Informationen als vertraulich eingestuft werden» – so ein hochrangiger Polizeibeamter in Frankfurt am Main, den «Bild» zitiert.

Sexuelle Gewalt hat in Deutschland epidemische Ausmasse erreicht, im Zug der freien Einreise von mehr als einer Million meist männlicher junger Migranten aus Afrika, Asien und dem Mittleren Osten. «Portalstein-Institut» berichtete über die Vergewaltigungs-Krise in Deutschland bereits im September 2015, als Merkel mit der Grenzöffnung Zehntausende von Migranten ins Land liess, nachdem diese in Ungarn gestrandet waren. Einen Follow-up-Bericht gab es nochmals im März 2016 nach der Zeit der Massenangriffe gegen deutsche Frauen durch Mobs von Migranten in Köln, Hamburg und anderen deutschen Städten.

In zahlreichen Bezirken deutscher Städte wird die Situation zunehmend bedrohlicher. Die Polizei hat in diesem Sommer bereits vor einem möglichen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung gewarnt, wenn junge männ-

liche Migranten leicht bekleidete Frauen sehen. Während des Juli 2016 wurden Hunderte von deutschen Frauen und Kinder von Migranten sexuell angegriffen. Das jüngste Opfer war neun; das älteste 79. Die Predatoren lauern inzwischen überall: Am Strand, auf Radwegen, Friedhöfen, in Diskotheken, Lebensmittelgeschäften, bei Musikfestivals, in Parkhäusern, auf Spielplätzen, in Schulen, Einkaufszentren, Taxis, öffentlichen Verkehrsmitteln (Busse, Strassenbahnen, ICE-Züge und U-Bahnen), öffentlichen Parks, auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Toiletten. Dutzende Frauen und Kinder wurden von Migranten an Sommerfestivals und in öffentlichen Schwimmbädern angegriffen.

Die meisten der Verbrechen wurden von deutschen Behörden verharmlost, offenkundig um aufkeimenden Fremdenhass und Stimmung gegen die Einwanderung nicht aufkommen zu lassen. Fast immer werden die Verbrechen als isolierte Einzelfälle beschrieben, weit entfernt, ein landesweites Problem zu werden. Informationen über sexuelle Übergriffe erscheinen in der Regel nur in lokalen Polizeiberichten. Nur manchmal gibt es eine Notiz in der lokalen Presse, und nur über die spektakulärsten Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung wird überregional berichtet.

Die Flüchtlingsinvasion ist eine Katastrophe für Deutschland und Europa. Politik und Medien wollen uns vor vollendete Tatsachen stellen? Wir machen nicht mit! Wir brauchen eine Bürgerbewegung, eine breite Lobby für Deutschland. Unsere Vision: Tausende Mitglieder unterstützen unsere juristischen, medialen und politischen Aktionen, verbreiten die Informationen, die in den Medien nicht zu finden sind und wehren sich in ihren Gemeinden gegen die Auflösung unseres Staates. Beteiligen wir uns am Netzwerk: EINPROZENT.

Polizei und Medien fügen sich getreu den regierungsamtlichen Vorgaben, Vergewaltiger zu schützen.; zumindest ihre Identität bzw. Herkunft nicht zu erwähnen. Deutsche Polizeiberichte weisen in der Regel mit politisch korrekten Euphemismen wie «Südländer», Männer mit «dunkler Haut» (dunkelhäutig, dunklere Gesichtsfarbe, dunklem Hauttyp) oder eine Kombination der beiden «südländische Hautfarbe».

Am 7. Juli hat der Bundestag Änderungen am Strafgesetzbuch vorgenommen, wonach die Definition von Vergewaltigung weiter gefasst wird, womit es leichter werden soll, Migranten abzuschieben, die Sexualverbrechen begehen. Nach dem Gesetzentwurf, der auch als «Nein heisst Nein»-Gesetz bekannt ist, wird jede Form von nicht-einvernehmlichem Sex jetzt als Verbrechen bestraft. Bisher konnten nur Fälle, in denen die Opfer bezeugten, dass sie physisch ihren Angreifern unterlegen waren, als nicht-einvernehmlich (also strafbare Vergewaltigung) behandelt werden.

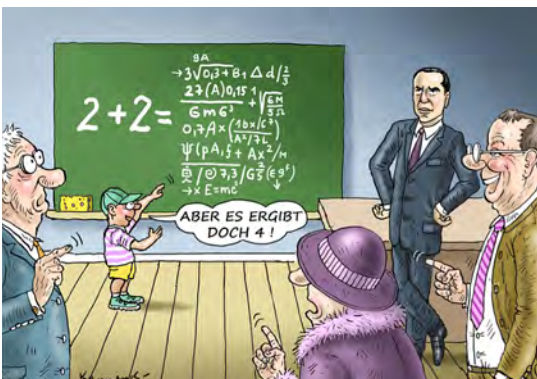
Deutsche Behörden haben im Land der Dunkelziffern das wahre Ausmass des Verbrechens hartnäckig verschleiert. Am 25. Februar berichtete die Zeitung «Die Welt», dass die Behörden in Hessen Informationen über Migranten im Zusammenhang mit Verbrechen unterdrücken, weil angeblich darüber kein «öffentliches Interesse» besteht.

Am 22. Januar berichtete «Fokus», dass die Antidiskriminierungsbehörde (ADS) auf Druck der Polizei in Nordrhein-Westfalen einen Verweis auf «nordafrikanische kriminelle Gruppen» in der Presse entfernen musste. Laut «Fokus», schrieb die ADS: «Es besteht die Gefahr, dass die Menschen aus diesen Ländern unter Generalverdacht gestellt werden. Wir empfehlen Ihnen, den Verweis auf die Täter nordafrikanischen Ursprungs aus der Pressemitteilung zu löschen.»

Die NRW-Polizei entfernte später die «diffamierenden» Begriffe, weil es «nicht ausgeschlossen werden könne, dass unsere Formulierung in der Pressemitteilung als diskriminierende Aussage falsch verstanden werden könnte.» Der Originalartikel von «Focus» wurde aus der Homepage der Zeitschrift entfernt.

«Gatestone» veröffentlicht in seinem Artikel eine umfangreiche Liste in Deutschland begangener Sexualdelikte.

Quelle: <http://krisenfrei.de/vergewaltigungsspirale-ausser-kontrolle/>



### «Es ist alles sehr kompliziert»

Erschienen am 3. Juli 2016 in der Kronenzeitung («Krone bunt») von Tassilo Wallentin / Illustration Marian Kamensky

Bundeskanzler Christian Kern hielt letzten Samstag anlässlich seiner Wahl zum SPÖ-Parteichef eine 80-minütige Grundsatzrede. Zu den drängenden politischen Problemen wie Brexit und Flüchtlinge rief er den Funktionären zu: «Einfache Antworten werden nicht funktionieren.» Es gab tosenden Applaus. Warum eigentlich? Was ist falsch an einer einfachen Antwort?

Aus dem Medien- und Polit-Establishment hört man immer öfter den Satz, man solle nicht denjenigen glauben, die auf

unsere Probleme einfache Antworten haben. Das seien Populisten. Warum aber sollen einfache Antworten automatisch falsch sein? Wenn mich jemand fragt, wieviel  $2 + 2$  ist, und ich antworte darauf: «4», so ist das eine einfache Antwort, die richtig ist. Ich könnte auch behaupten, das sei ein schwieriges mathematisches Problem, und die Lösung lautet – falls überhaupt – etwa  $\langle e^{(-0,0025x)} = (2894-y)/259y \mid \ln \rangle$ . Das wäre dann eine komplizierte Antwort, die falsch ist. Das Genie Albert Einstein sagte einmal: «Wenn du es einem Sechsjährigen nicht erklären kannst, dann hast du es selbst nicht verstanden.» Es gibt also immer eine einfache Antwort, die richtig ist. Was daran im schlechtesten Sinne des Wortes «populistisch» sein soll, konnte mir noch keiner erklären. Und dass die Behauptung, einfache Antworten würden nicht funktionieren, gerade in der Flüchtlingskrise falsch ist, zeigt die Schliessung der Balkanroute: Seit die Grenzen im Süden dicht sind, kommen keine Neuankömmlinge mehr an. Das kann man für verwerflich halten, es funktioniert aber trotzdem. Und würde man die EU-Aussengrenzen endlich sichern und die Menschen nicht auf das Festland weiterreisen lassen, sondern – wie Australien – in Asylzentren unterbringen, dann hätte man das derzeitige Chaos auch gelöst und den Menschenschleppern die Geschäftsgrundlage entzogen. Das massenhafte Ertrinken von Flüchtlingen im Meer wäre ebenfalls gestoppt. Die Wahrheit ist, dass etablierte Politiker einfache Antworten nicht gerne hören. Nicht, weil diese falsch sind, sondern weil Besitzstandswahrer aller Couleurs davon leben, uns die herrschenden Zustände als «sehr kompliziert» darzustellen. Das ist ein Herrschaftsmittel: Die Bürger sollen glauben, dass sie die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Zustände nicht so einfach ändern können. «Alles ist einfacher, als man denken kann», sagte der grosse Goethe. Er meinte damit: Das Gegenteil vom Einfachen ist nicht das Komplizierte, sondern das Falsche. In diesem Sinn unvergessen bleibt der Satz des glücklosen österreichischen Bundeskanzlers Fred Sinowatz aus seiner Regierungserklärung von 1983. Zu den Herausforderungen der kommenden Jahre stellte er sichtlich bekümmert fest: «Es ist alles sehr kompliziert.» Ich denke, er empfand es wirklich so.

*Leserbrief / Erschienen am 21. Juli 2016 in der Kronenzeitung; von Stefan Hahnekamp, Eisenstadt  
<http://www.krone.at/Das-freie-Wort/Titel-Story-520938>*

### **Es geht auch einfach!**

Wieder einmal trifft Dr. Tassilo Wallentin in der «Krone bunt» sprichwörtlich den Nagel auf den Kopf oder den wunden Punkt oder den Kern der Sache! In seinem Artikel «Es ist alles sehr kompliziert» spricht er die fundamentale Wahrheit dessen an, dass etablierte Politiker oft und gerne Probleme künstlich kompliziert machen, damit der Anschein erweckt wird, Lösungen seien, wenn überhaupt, nur langfristig möglich. Oft sind es pseudo-intellektuelle Politiker, die sich in einem komplizierten und nichtssagenden Redeschwall ergehen oder irgendwelche verweichlichte Symptombekämpfungen vorschlagen, ohne auch nur ein Fünkchen einer echten guten Idee zu haben, um Probleme tatsächlich zu lösen! Aus dem Artikel von Herrn Wallentin geht auch hervor, dass Menschen, die kompliziert daherreden, oft wenig bis keine Ahnung von der Materie haben, während Menschen, die sich in bestimmten Belangen praktisches Wissen und Erfahrung angeeignet haben, in simplen und kurzen Erläuterungen alles verständlich und logisch nachvollziehbar erklären können – selbstverständlich auch einem Kind! Zum Abschluss muss noch offen gesagt sein: Tassilo Wallentin hat zwar einen Dokortitel, nichtsdestotrotz ist er ein bodenständiger Mensch geblieben, der vernünftig und pragmatisch über alles nachdenkt und es immer wieder schafft, seine Artikel einfach, verständlich und nachvollziehbar zu formulieren. Das zeugt von wahrer innerer Grösse und echtem Wissen, über das so mancher pseudointellektuelle Politiker nachdenken sollte.

## **Welche Einstellung in bezug auf Frieden, Freiheit und Verantwortung usw. in den Regierungen wirkende Pfarrerstöchter in ihrem Machtausübungswahn haben, das zeigt sich wie folgt:**

### **Theresa May: Die britische Pfarrerstochter und die Atombombe**

*21/07/2016 Werner Nosko*

Nach dem Pfarrer (Gauck) und der Pfarrerstochter (Merkel) dachte man eigentlich es gebe keine Steigerung der Verantwortungslosigkeiten mehr. Leider ein Irrtum. Die neue britische Premierministerin (ebenfalls Pfarrerstochter) scheint skrupelloser zu sein als es das Gesicht vermuten lässt. May klinkt sich, kaum im Amt,



ins Säbelrasseln gegen Russland ein. Trio infernale. Auch von Boris Johnson kommt so etwas wie eine gefährliche Drohung. Grossbritannien hat die Erneuerung seiner Atom-U-Boote beschlossen. Premierministerin Theresa May sagte bei einer Debatte im Unterhaus, dass sie bereit sei, einen Atom-Angriff anzuordnen und den Tod von «unschuldigen» Menschen in Kauf zu nehmen. Als grösste, reale Bedrohungen bezeichnete May Russland und Nordkorea.

Auf die explizite Frage eines Oppositionspolitikers, ob May bereit wäre, einen Atom-Angriff anzuordnen, der zum Tod von «unschuldigen Männern, Kindern und Frauen führen würde», antwortete sie ohne zu zögern mit «Ja.»



Frage: George Kerevan (SNP): Zuerst möchte ich der neuen Premierministerin gratulieren zu ihrer neuen Aufgabe – können wir bitte zum Wesentlichen kommen: Ist sie persönlich vorbereitet einen nuklearen Angriff zu autorisieren, der Hunderttausende von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern töten kann.

MAY: Ja, und ich muss den honoren Herren sagen, dass sich daraus ableitet, dass unsere Feinde wissen müssen, dass wir vorbereitet sein werden, sie zu benutzen.

Der neue britische Aussenminister Boris Johnson will das Engagement seines Landes in der Welt ausweiten. Nach dem Austritt aus der Europäischen Union werde Grossbritannien eine grössere Rolle auf der Weltbühne spielen als jemals zuvor, sagte Johnson bei einer Pressekonferenz am Dienstag im Anschluss an ein Gespräch mit seinem US-Amtskollegen John Kerry in London. «Ich will, dass wir Grossbritannien zu einer noch bedeutenderen globalen Nation machen.»

Kerry und Johnson betonten zudem die besondere Beziehung zwischen Grossbritannien und den USA. «Ich bin heute nach London zurückgekehrt, um die besonderen und unzerbrechlichen Beziehungen zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich zu bestätigen», sagte Kerry.

Johnson und Kerry trafen anschliessend in London zu Gesprächen mit Bundesaussenminister Frank-Walter Steinmeier und weiteren europäischen Amtskollegen zusammen, um über die Lage in Syrien zu beraten.

Quellen: <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/theresa-may-trident-debate-nuclear-bomb-yes-live-latest-news-a7143386.html>

<http://www.standard.co.uk/news/politics/theresa-may-declares-she-would-push-nuclear-button-ahead-of-trident-renewal-vote-a3298726.html>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/07/20/russland-ist-bedrohung-grossbritannien-bereit-zum-atom-schlag/#> bzw. <http://npr.news.eulu.info/2016/07/21/theresa-may-die-britische-pfarrerstochter-und-die-atombombe>

## Die politisch-korrekte Berichterstattung

Erschienen am 17. Juli 2016 in der Kronenzeitung («Krone bunt») von Tassilo Wallentin / Illustration Marian Kamensky



Medien-Minister Thomas Drozda liegt ein skandalöser Reformentwurf zur Presseförderung vor. Statt wie bisher 8,5 Millionen Euro sollen jetzt staatliche Förderungen von 35 Millionen Euro pro Jahr vor allem an Zeitungen ausgeschüttet werden, die wenig Leser, aber etwa «politisch-korrekte Inhalte» haben, oder sich «wohlverhalten». Bezahlen soll das jeder österreichische Haushalt durch Zwangsgebühren.

Ein Reformentwurf, wie er auf dem Tisch von Minister Drozda liegt, wäre in anderen Ländern völlig undenkbar: Die staatliche Presseförderung – oft auch als «Belohnung von Hofberichterstattung im Sinne der regierenden Parteien» kritisiert – soll

auf Kosten der Steuerzahler von 8,5 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro pro Jahr angehoben werden. Unter anderem sollen politisch-korrekte Inhalte gefördert werden. Besonders amüsant ist der Plan, dass Zeitungen,

wie etwa die ‹Krone›, ab ‹drei medienethischen Verstößen› ein Jahr lang für alle öffentlichen Inserate gesperrt sein sollen. Gegen die ‹Medienethik verstossen› kann ein Blatt, wenn bei einem Kriminalfall die ausländische Herkunft des Täters erwähnt wird. Wird es dann gefährlich, den Lesern die Wahrheit zu sagen? Über die Skandalnacht von Köln – die schwerkriminellen Taten des enthemmten Mobs von 1000 Migranten und Asylanten aus dem nordafrikanisch-arabischen Kulturkreis samt Vergewaltigung, sexueller Nötigung und Raub – und die sexuellen Übergriffe von Flüchtlingen in Schwimmbädern dürfte man vorsichtshalber nur noch schreiben: ‹Frauen von Unbekannten belästigt›; oder über die islamistischen Terroranschläge von Paris mit 130 Toten titeln: ‹Schüsse im Theater – mehrere Gäste und sieben junge Männer tot›. Ob in der täglichen Berichterstattung ein ‹Verstoss gegen die Medienethik› vorliegt, soll nach Drozdas Plan der ‹Österreichische Presserat› sagen. Diese künftige Art ‹Wahrheitsministerium› ist kein Gericht, sondern ein privater Verein, in dessen ‹Senaten› fast nur Journalisten von Konkurrenzblättern oder Zeitungen sitzen, die die meisten Presseförderungen erhalten. Sie sollen über den Inhalt der ‹Krone› richten. Genauso gut könnten alle politischen Gegner der SPÖ einen Verein gründen, diesen ‹Österreichischer Politikrat› nennen und dort ständig darüber entscheiden, ob SPÖ-Minister Drozda für sein Regierungsamt geeignet ist – und falls nicht, Drozdas Gehalt für ein Jahr kürzen. Bezahlen soll den Skandal von jährlich 35 Millionen Euro der Steuerzahler, und zwar mit der ‹Haushaltsmedien-Abgabe›. Mit der soll künftig auch der politisch-verfilzte ORF finanziert werden. Das funktioniert so: Heute muss jeder, der einen Fernseher oder ein Radio zu Hause hat, GIS-Rundfunkgebühren zahlen. Das soll sich ändern. In Zukunft muss jeder österreichische Haushalt eine Medien-Zwangsgebühr entrichten; ganz egal, ob Fernsehgeräte, Radios oder Internetanschlüsse vorhanden sind. Vier Wände, ein Dach über dem Kopf, ein Wasseranschluss und eine Haustür reichen aus, dass man die ‹Haushaltsmedien-Abgabe› zahlen muss. Die Zwangsgebühr dient zur Finanzierung des ORF und der jährlich 35 Millionen-Euro-Presseförderung (die nicht digitalen Firmen-Neugründungen, sondern zumeist Verlagen zugute kommt, die ohnehin Millionen-Gewinne machen). Sollte Minister Drozda unter ‹New Deal› mehr staatlich subventionierte Presse und Schaffung einer Art ‹Wahrheitsministerium› verstehen, könnte er schon bald ‹ausgedalt› haben.

## Das Ende der Zivilisation: Pokemon Go und die Versklavung durch Technologie

*Luke; Sott.net; So, 31 Jul 2016 12:03 UTC*



*Pokemon Go: Die Willenlosigkeit der Menschen erreicht ungeahnte Ausmasse*

In seinem Science-Fiction-Epos ‹Hyperion-Trilogie› beschreibt Dan Simmons eine Welt, in der Menschen – ohne es zu wissen – von einer künstlichen Intelligenz ausgebeutet werden. Im Buch erhielt die Bevölkerung eine mächtige Technologie: Portale, mit denen die Menschen ganz nach ihren Wünschen überall in der Galaxie hinreisen können. Es dauerte nicht lange, bis sie sich an diese Bequemlichkeit gewöhnten und die Dekadenz Einzug hielt: So bauten sie Häuser, bei denen jedes Zimmer, durch Portale verbunden, auf einem anderen Planeten liegt – Meeresblick im Bad, Wüstenhimmel im Wohnzimmer ... Was keiner wusste: Jedes Mal, wenn jemand durch ein Portal ging, wurde ihm Energie geraubt. Die Menschen haben sich durch ihre Bequemlichkeit versklaven lassen.

Wie relevant dieses Szenario heute ist, kann man täglich in den Städten und selbst auf dem Land beobachten: Wie Zombies starren die Menschen auf ihre Smartphones, als ob es nichts Wichtigeres gäbe. Der ‹Pokemon Go›-Wahnsinn hat dies auf ein völlig neues Level gebracht. **Konnte man sich vorher**

**noch mit wichtigen E-Mails, SMS oder einem interessanten Artikel im Netz herausreden, offenbart ‹Pokemon Go› die ganze Misere der menschlichen Versklavung durch Technologie:** Die schiere Infantilität, die Sinnlosigkeit, der Irrsinn eines Spiels, bei dem man den ganzen Tag kleinen Comic-Figuren hinterherjagt, ist für jeden Menschen offenkundig. Es sei denn, freilich, man ist selbst schon süchtig.

### Technologie saugt uns leer

In Dan Simmons' Büchern werden die Gehirne bei jedem Durchschreiten eines Portals ‹angezapft›, ohne dass die Menschen davon wissen. Die Technologie verstehen sie ohnehin schon lange nicht mehr. Etwas Ähnliches erleben wir mit der ‹ständigen Vernetzung› und den modernen Systemen: Wir verschwenden Unmengen an Zeit durch unsere Sucht nach neuen Informationen. **Wir sind emotional von unseren Smartphones abhängig** und bilden uns ein, wir müssten ständig reagieren, ständig WhatsAppen und ständig erreichbar sein. Wir vertrauen

unseren Navigationssystemen und Google Maps mehr als Strassenschildern und unserem gesunden Menschenverstand. Landkarten können wir nicht mehr lesen, Telefonnummern wissen wir nicht mehr auswendig. Wir wissen nicht mehr, wie man Technik repariert, schlimmer noch: Wir kennen niemanden mehr, der es könnte. Doch wir verdummen nicht nur: **Wir halten es nicht mehr aus, allein zu sein mit unseren Gedanken und Gefühlen, wir betäuben unseren Schmerz durch die flirrend-bunte Welt eines Apparats, den wir nicht verstehen und der uns fest im Griff hat.**

Als es in den 1990er Jahren mit dem Internet losging, musste man schon ein wenig in die Technik investieren – nicht nur finanziell, man musste sich mit Modems auseinandersetzen, Telefonkabel verlegen, das TCP/IP-Protokoll zumindest etwas verstehen. Viele Menschen hat das inspiriert, Programmieren zu lernen, viele landeten später in der IT-Branche. Die Technik hat sie angespornt und fasziniert. Sie wollten wissen, wie das alles funktioniert, sich weiterbilden. Dasselbe Phänomen erlebten viele berühmte Wissenschaftler schon lange vor dem Internet, von Richard Feynman bis Claude Shannon, die von Radios fasziniert waren und diese Auseinandersetzungen, um zu verstehen, wie sie funktionieren. Diese Faszination hat sie angetrieben; ihnen wurde nicht einfach Technik «geschenkt», sie haben etwas dafür getan und etwas Sinnvolles daraus gemacht. Heutzutage ist es dagegen nicht mal mehr möglich, ein iPhone überhaupt zu öffnen. **Wir haben namenlosen Konzernen eine unglaubliche Macht über sämtliche Aspekte unseres Lebens gegeben – heute könnten diese die Gesellschaft buchstäblich ausknipsen.**

Heute weiss niemand mehr, wie Handys überhaupt funktionieren. Die Magie der elektromagnetischen Wellen, von der sich früher so viele Menschen haben inspirieren lassen, ist einer Erwartungshaltung gewichen: **High-speed-Internet muss überall ständig verfügbar sein. Ansonsten: Wutanfall.** Wie das Ding eigentlich funktioniert, interessiert nicht – Hauptsache, ich kann mir die nächste tolle App herunterladen, sinnlos hin und her chatten oder Zeit im Internet totschiessen. Und «dank» WiFi müssen wir noch nicht einmal Kabel verlegen, «dank» Bluetooth noch nicht einmal von Maus zu Rechner oder von Rechner zu Handy. Abgesehen von der Schädlichkeit solcher Dauer-Bestrahlung verlernen wir alles, indem wir Technologie in black boxes verstecken, und gleichzeitig immer mehr von ihr abhängig sind. Wir sind bequem geworden. Wir glauben nicht mehr daran, dass wir irgendetwas tun müssen, um uns das zu verdienen.

**Eine mächtige Technologie zur Verfügung zu haben bedeutet Verantwortung.** «Im Leben gibt es nichts geschenkt», heisst es, doch wir leben in der Illusion, dass uns Technologie einfach geschenkt wurde. Es fehlt die Balance: Wir tun nichts mehr, wir konsumieren nur noch. **Dadurch verlieren wir unsere ureigenen menschlichen Fähigkeiten** – klares Denken, die Weiterentwicklung unseres eigenen Lebens und unserer Gedanken- und Gefühlswelt, die Fähigkeit, langfristig und aus Überzeugung Energie in eine neue Fertigkeit oder ein wichtiges Projekt zu investieren. Kurzum: Die Fähigkeit, etwas Sinnvolles zu tun. Denn dies bedeutet immer auch Überwindung, Willenskraft und Durchhaltevermögen – im Gegensatz zu blinder Abhängigkeit von Technologie und der Instant-Befriedigung beim Kauf eines neuen Gadgets.

### Pokemon Go: Ein neues Level des Irrsinns

Mit dem «Pokemon Go»-Wahnsinn haben wir zweifellos ein neues Level der Degenerierung erreicht. **Menschen laufen durch die Gegend wie Borg-Dronen aus StarTrek, buchstäblich ferngesteuert – von einem Computersystem und den Interessen dahinter.** Die Aufgabe im Spiel ist völlig sinnlos. Menschen werden süchtig. Das öffentliche Leben wird beeinträchtigt, echte Kommunikation erstickt. Wieder einmal wurde den Menschen eine hochentwickelte Technologie hingeworfen, die sie fasziniert, die sie aber weder verstehen noch beherrschen.

Ist es dann verwunderlich, dass Menschen sich wie die Lemminge verhalten und dem Abgrund entgegenstreben? Letztlich ist «Pokemon Go» wohl die natürliche Konsequenz einer Entwicklung, die Kreativität, echte Phantasie, tiefe Gespräche und echtes Engagement schrittweise verdrängt hat. **Bei «Pokemon Go» gibt es keine Ausrede, keine Rechtfertigung. Es ist die schockierende Kulmination von Sucht, Hedonismus, Ignoranz und fehlender Selbstbeherrschung – während draussen in der Welt und in Deutschland alles aus den Fugen gerät.**

Wie im Werk von Dan Simmons sind wir längst an einem Punkt angelangt, an dem die Technologie uns nicht nur durch ihre verführerische Nützlichkeit versklavt und wir ohne sie aufgeschmissen wären – «Pokemon Go» zeigt, dass wir längst in demselben Stadium sind, in dem im Hyperium-Universum die Menschen ihre Zimmer über die ganze Galaxis verteilen, einfach «weil es cool ist». Dabei haben sie ihre gesamte Macht einem System anvertraut, das sie weder kontrollieren noch verstehen. Die Unterwerfung ist vollständig. Oder wie es Oliver Stone jüngst so treffend formulierte: «Wir werden eine neue Form einer Roboter-Gesellschaft sehen, in der sie wissen, was Du tun willst und sie anschliessend genau das nachbauen, was Deinem Verhalten entspricht und es an Dich verfüttern. Das nennt man Totalitarismus.»

Wie ging es nun mit der Gesellschaft weiter, die Dan Simmons in seinem Hyperion-Epos beschrieb? Nun, ohne zu viel zu verraten: Es stand ihr ein sehr, sehr schmerzhaftes Erwachen bevor.

Quelle: <https://de.sott.net/article/25309-Das-Ende-der-Zivilisation-Pokemon-Go-und-die-Versklavung-durch-Technologie>

## Polen über Merkels Politik: «Rezept für eine Katastrophe» in der EU

Posted on Juli 15, 2016 7:09 pm by jolu; Epoch Times 15. Juli 2016 Aktualisiert: 15. Juli 2016 13:26



Bundeskanzlerin Angela Merkel und die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło

Foto: CLEMENS BILAN/Getty Images

Die polnische Regierung ist mit der Europäischen Union im höchsten Masse unzufrieden. Die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel könnte die EU in eine Katastrophe führen, heisst es aus dem osteuropäischen Land.

Polen kritisiert vor allem die Tatsache, dass Entscheidungen nur in kleinen Gruppen getroffen und diese anderen EU-Mitgliedsstaaten aufgezwungen werden. «Das ist das Rezept für eine Katastrophe», sagte der polnische Aussenminister Witold Waszczykowski im Interview mit der «Welt».

Waszczykowski verwies auch auf den Austritt Grossbritanniens aus der Union. Er kritisierte eine zu starke Einmischung der EU in die Belange der Nationalstaaten. «Ich habe den Eindruck, dass der Grund für das Ausscheiden Grossbritanniens ein unbedachtes Handeln der europäischen Eliten ist, die das Motto «Noch mehr Europa» durchsetzen wollen.»

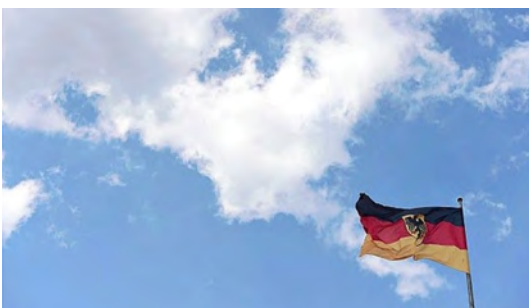
Der polnische Minister warnte vor einem Dominoeffekt. Um dies zu verhindern müsse man die EU reformieren. «Wir müssen neue Antworten auf wirtschaftliche Herausforderungen und Fragen der Migration sowie der inneren und äusseren Sicherheit finden.»

Die EU-Kommissare orientierten sich zu stark an der Meinung Deutschlands, kritisierte der PiS-Politiker im «Welt»-Interview. Das zeige sich in der Migrationspolitik und der Haltung gegenüber Polen. Laut Waszczykowski sei die Bundesregierung für das «Misstrauensvotum» verantwortlich, das Bürger etlicher Länder der EU-Kommission ausstellten. (so)

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/polen-ueber-merkels-politik-rezept-fuer-eine-katastrophe-in-der-eu/>

## Willy Wimmer: Das Versagen der Bundesregierung – Wo bleibt der Schutz für die deutschen Staatsbürger?

Von Gastautor Willy Wimmer; 17. Juli 2016 Aktualisiert: 17. Juli 2016 20:43



Deutschland Flagge;

Foto: TOBIAS SCHWARZ/Getty Images

Für Nizza und die kommenden Nizzas, gleich wo sie stattfinden, muss eines klar und eindeutig sein. Die Täter müssen bis in die letzten Winkel dieser Erde gejagt und so dingfest gemacht werden, dass wir Aufschluss über die Hintermänner erhalten. Wir erwarten das als Bürger dieses Landes von unserem Staat und den zuständigen Sicherheitsbehörden. Für alle unsere Nachbarn muss klar sein, dass Deutschland als Staat an ihrer Seite steht, wenn sie Opfer derart feiger Anschläge geworden sind.

Der Täter müssen wir habhaft werden und unsere Politik müssen wir ändern.

Seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im März 1999 überzieht der Westen, unter Führung

der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und Frankreichs, aber auch mit deutscher Beteiligung unsere südlich gelegene Nachbarregion mit Mord und Totschlag.

Französische Sondereinheiten auf syrischem Staatsgebiet wurden dem Vernehmen nach nur deshalb nicht vernichtet, um der französischen Regierung eine Warnung zukommen zu lassen. Haltet eure Finger aus den Angelegenheiten anderer Staaten raus! Das war und ist die Botschaft, gleichgültig ob es sich um Syrien, das von Sarkozy zusammengebombte Libyen oder Mali handelt.

Der Krieg gegen Jugoslawien war das Signal für einen neuen Kolonialismus im altbekannten Gewand. Die von der NATO so hoch gepriesenen Kollateral-Schäden lassen sich nicht mehr auf afghanische Hochzeitsgesellschaften beschränken oder auf die libyschen Stämme um Syrte.

Wenn der Westen nicht innehält und zur Charta der Vereinten Nationen zurückkehrt, werden wir unser ›blutrotes Wunder‹ erleben, wie die Mordbrenner in London, Paris und Madrid gezeigt haben. In der berühmten ›Charta von Paris‹ hat man sich im November 1990 in die Augen zugesagt, dass von Europa nur Frieden ausgehen sollte.

Die Vereinigten Staaten haben aus Europa die Maschine und den Flugzeug-Träger für Mordbrennerei gemacht und unsere Regierungen haben es zugelassen und mitgemacht. Unsere Regierungen scheitern an ihren Aufgaben.

**Die oberste Pflicht unserer eigenen Regierung besteht darin, die deutschen Staatsbürger und das deutsche Staatsgebiet zu schützen.**

In und an dieser Aufgabe ist die Bundesregierung gescheitert. Die aus Hamburg bei den Anschlägen am 11. September 2001 in New York ausgehende tödliche Gefahr hätte Konsequenzen haben müssen. Der Schutz der deutschen Staatsbürger und des deutschen Staatsgebietes wird nicht dadurch sichergestellt, dass die Bundesregierung sich obskurer Beratungsgruppen bei der Aushöhlung der verfassungs- oder europa-rechtlichen Grundordnung bedient.

Der 4./5. September 2015 und die bislang fortdauernde ›putsch-artige‹ Aufhebung der staatlichen Ordnung im Hinblick auf den Schutz unserer Grenzen durch die Bundeskanzlerin hat das in tragischer Weise deutlich gemacht. Vor wenigen Wochen hat ein deutsches Massenblatt unwidersprochen deutlich gemacht, dass im Umfeld der damaligen Entwicklung der Bundesinnenminister die vorhandenen und für die Aufgaben bestimmten Polizeieinheiten zum Schutz der deutschen Grenzen in Marsch setzen wollte.

Die Bundeskanzlerin hat nach diesen Presseberichten diesen Einsatz untersagt. Heute beklagt sie öffentlich, dass potentielle Straftäter die Migrationsbewegung gegen Europa dazu benutzen, dauerhaft einzusickern. Die Bundeskanzlerin muss sich dann allerdings fragen lassen, warum sie diesen Umstand noch dadurch befördert, dass sie den Schutz unserer Staatsgrenzen nachhaltig geschwächt hat und diesen Zustand zum Schaden unseres Staates und der Europäischen Union aufrechterhält?

Es ist nicht damit getan, dass die Täter umgehend erschossen und keine Gefangenen mehr gemacht werden. Wir wollen wissen, warum das alles geschieht und warum wir nicht geschützt werden? Es ist nicht damit getan, der Welt durch gestellte Photos etwas vorzumachen, wie es bei dem Anschlag auf Hebdo in Paris geschehen ist. *Willy Wimmer war Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE 1994-2000 und Leiter der deutschen Delegation bis 2009.*

*Dieser Beitrag stellt ausschliesslich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung der Epoch Times oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben.*

*Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/das-versagen-der-bundesregierung-wo-bleibt-der-schutz-fuer-die-deutschen-staatsbuenger-a1912050.html>*

## Psychopathen zerstören unsere Welt

*Sott.net; So, 24 Jul 2016 08:15 UTC*



Die Schäden und die Zerstörung, die durch Psychopathen in Machtpositionen verursacht werden, sind mittlerweile überall spürbar. Dieses weltweite Problem verschlimmert sich mit jedem Tag, während die totalitären Launen der arteigenen Räuber in der Menschheit das Leben für normale menschliche Wesen immer unerträglicher macht.

Obwohl sie menschlich aussehen und sich menschlich anhören, fühlen Psychopathen keine Reue, sie haben kein Gewissen, haben kein Mitgefühl und sie kümmern sich um niemand anderen als um sich selbst.

Sie machen Jagd auf unsere Brüder, Schwestern und Kinder; sie belügen uns und manipulieren uns. Sie vergiften uns und erzählen uns, es sei zu unserem Besten. Sie machen das Leben unlebbar. Sie verursachen den Kollaps von Gesellschaften und den Tod von Ozeanen. Während ihre Gier die Menschen und den Planeten verschlingt, stiften sie zu Hass an und ermorden Führer, die Gutes tun.



Die psychopathischen Herrscher und jene unter ihrer Befehlsgewalt machen vor nichts halt. In der heutigen Zeit kann sich ein wahres Menschsein aus dem Chaos vereinen und hervorkommen. Doch die Menschen müssen das Problem sehen und das Wissen verbreiten.

Die Geschichte wiederholt sich. Teilen Sie dieses Wissen - für unsere Zukunft: Die Zukunft der Menschheit.

(Anmerkung: Siehe [https://www.youtube.com/watch?v=vA\\_up-JxsCE](https://www.youtube.com/watch?v=vA_up-JxsCE))

Quelle: <https://de.sott.net/article/25174-Psychopathen-zerstoren-unsere-Welt-VIDEO>

## Pressekonferenz: Angela Merkel leugnet, dass sie den Irakkrieg 2003 unterstützt hat

Donnerstag 28 Jul 2016; Posted by Dok in Allgemein, ARD, ZDF

Angesichts einer schockierenden Reihe von Gewalttaten der letzten Tage – einige darunter mit direktem Zusammenhang zu westlichen Kriegen, Flucht- und Migrationswellen –, sah Angela Merkel sich genötigt, in einer Pressekonferenz Stellung zu nehmen. Dabei lügt sie nicht nur bezüglich des Irak, sondern auch im Hinblick auf ihre generelle Unterstützung für westliche Kriege.

Wie wir hier gezeigt haben, haben ARD und ZDF die Massaker in Syrien, auf die Tilo Jung in seiner Frage abhebt, in der vergangenen Woche geflissentlich totgeschwiegen. Merkel ihrerseits leugnet dann auf eine direkte Frage von Tilo Jung ihre damalige Unterstützung für den Irak-Krieg 2003, der ursächlich für die Entstehung des IS war.



**Tilo Jung:** «... Wie Sie wahrscheinlich letzte Woche mitbekommen haben, haben Bombardierungen unserer Anti-ISIS-Koalition im Norden Syriens mehr als 100 unschuldige Menschen getötet, darunter 35 Kinder ...»

...

**Angela Merkel:** «Ich unterstütze nie einen Krieg. Ich hab auch den Irak-Krieg nicht unterstützt ...»

Bis heute unterstützt Merkel nicht nur eine ganze Reihe von Kriegen in der islamischen Welt – darunter auch den Krieg im Irak –, sondern auch den Krieg in der Ukraine, der ohne deutsches Geld und politische Rückendeckung für das vom Westen installierte Regime nicht möglich wäre.

Zur Erinnerung:

Zur Erinnerung:

Die vom Irak ausgehende Gefahr ist nicht fiktiv, sondern real. Zweitens: Nicht gegen, sondern nur gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika muss Europa mehr Verantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Druckes auf den irakischen Diktator Saddam Hussein übernehmen. Dazu gehört, wie es die Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs zum Ausdruck bringt, militärische Gewalt als letztes Mittel zur Durchsetzung der UN-Resolutionen zu befürworten. (Washington Post; «Schroeder Doesn't Speak for All Germans»; Angela Merkel, February 20, 2003)

Quelle: <https://propagandaschau.wordpress.com/2016/07/28/pressekonferenz-angela-merkel-leugnet-dass-sie-den-irakkrieg-unterstuetzt-hat/>

## Willy Wimmer über Terror in Europa: Folge westlicher Kriegspolitik

28.07.2016 • 16:29 Uhr

Im RT-Gespräch kommentiert Staatssekretär a.D. Willy Wimmer die jüngsten Terroranschläge in Frankreich und Deutschland und bezeichnet die Politik von Kanzlerin Merkel als einen der Hauptgründe für die derzeitige Situation. Für die angespannte Sicherheitslage sei Merckels Flüchtlingspolitik mitverantwortlich, doch die Ursachen der Gewalt beginnen weit früher: Mit der Beteiligung Deutschlands an zahlreichen Kriegen.

Erneut wurde Frankreich von Terroranschlägen erschüttert, aber auch Deutschland erlebte jüngst eine Reihe von Attentaten. Unter den Tätern waren auch Flüchtlinge. Wie kommt es zu dieser Radikalisierung?

Dafür gibt es zwei oder drei Gründe. Der erste ist, dass wir seit Jahren – begonnen mit dem Krieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 – die Staaten unserer südlichen Nachbarn von Afghanistan bis Mali zerstören. Die NATO-Kriege gegen diese Menschen zerstören alles und deshalb denke ich, wir sollten nicht überrascht darüber sein, dass unsere eigenen Kriege nun zu uns zurückkommen und wir auch Todesopfer zu beklagen haben.



Quelle: Reuters; Mitarbeiter des Terrorabwehrzentrums analysieren ein IS-Propagandavideo

Der zweite Grund ist, dass Kanzlerin Merkel letztes Jahr die deutschen Grenzen geöffnet hat. Unsere Grenzen sind nicht ausreichend abgesichert und wir wissen nicht, wie viele Menschen in unser Land gekommen sind, wir wissen auch nicht, wie viele Terroristen unter ihnen sind. Bei unseren französischen Nachbarn gibt es noch weitere Gründe. Dort kommen Probleme mit den Menschen hinzu, die aus den ehemaligen Kolonien kommen. Es gibt also einen ganzen Mix aus Ursachen, aber ich denke, das Hauptproblem ist, dass wir feindselig zu unseren Nachbarn sind. Wir führen überall Krieg und solange wir mit einer solchen Politik weitermachen, denke ich, dass wir früher oder später in

Frankreich oder Deutschland eine richtige Tragödie erleben werden.

### Wird nach den jüngsten Gewaltausbrüchen die Unterstützung für Gruppen und Parteien vom rechten Rand zunehmen?

Das ist hier nicht die zentrale Frage. Die wichtigste Frage lautet, warum die Regierung von Angela Merkel all das tut. Sie hat die Verpflichtung, unsere Grenzen und die Sicherheit der Menschen zu verteidigen. Das ist die Hauptaufgabe der Kanzlerin. Also was war der Grund für die Grenzöffnung im vergangenen Jahr? Es gibt weltweit kein einziges Land, das ähnlich gehandelt hat. Was sind die Gründe für solche Entscheidungen? Frau Merkel hat dies niemals dem Parlament erklärt, sie hat es niemals der Öffentlichkeit erklärt. Also lautet die Hauptfrage: Wie kommt sie dazu, unser Land zu zerstören?

### Ist die Politik der Kanzlerin gescheitert?

Absolut. Man kann nicht ein bis zwei Millionen Menschen innerhalb eines Jahres ins Land lassen. Das lässt sich nicht organisieren. Wir müssen auch auf unsere Nachbarn achten, wir zerstören Europa. Der Brexit ist auch ein Ergebnis von Merkels Politik. Wir zerstören alles was sich seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat.

*Hinweis der Redaktion: Willy Wimmer ist diese Woche auch in 'Der Fehlende Part' zu sehen. Wie immer Freitags um 19:30 Uhr auf RT Deutsch.*

Quelle: <https://deutsch.rt.com/inland/39715-willy-wimmer-uber-terror-in/>

## Nach Würzburg jetzt München

Veröffentlicht am 23. Juli 2016 von dieter

Nein, ich schäme mich nicht! Aber andere hätten viel Grund dazu

von Tomasz M. Froelich (freitum)



Gruselkabinett. Bild: Tobias Koch (OTRS) [CC BY-SA 3.0 de], via Wikimedia Commons

Nein, ich schäme mich nicht für all das, was in diesem Land, begünstigt durch die Politik der herrschenden Kräfte, so alles schief läuft. Denn Scham macht nur dann Sinn, wenn man als Individuum selbst Fehler gemacht oder die eigenen Erwartungen nicht erfüllt hat. Wenn etwa die herrschenden Kräfte oder andere Kollektive unfähig sind, politisch richtig zu handeln, Gefahren nicht erkennen oder nicht erkennen wollen und Harmlosigkeiten, die keine wirklichen Gefahren darstellen, zu Grossgefahren erklären, dann brauche ich mich nicht dafür zu schämen, da ich mich nicht auf ein Herdenwesen reduziere, das die Fehler und Unfähigkeiten der herrschenden Herde als seine eigenen versteht.

Schämen sollten sich andere:

Etwa eine Angela Merkel, der es durch ihre verantwortungslose Flüchtlingspolitik der offenen Tür und dem damit einhergehenden Zuzug von Menschenmassen in Millionenhöhe gelungen ist, die Komplexität der Gesellschaft derart zu erhöhen, dass diese völlig destabilisiert worden ist.

Etwa ein Heiko Maas, der im Duett mit Stasitante Anetta Kahane sukzessive der Meinungsfreiheit den Kampf ansagt, indem er polizeiliche Kapazitäten dafür verschwendet, das trollende Internetprekariat hinter Schloss und Riegel zu verbannen, sodass der Polizei die Mittel für eigentlich wichtigere Aufgaben fehlen.

Etwa ein Ralf Stegner, und mit ihm viele Politikerkollegen und Politikkommentatoren, die nach islamistischen Terroranschlägen im Grunde nur ganz wenige Sorge haben: Dass Anschläge von den Schmutzkindern von der politischen Rechten instrumentalisiert werden, die AfD in Umfragen um weitere zwei Prozentpunkte nach oben klettern und sich nach den bevorstehenden Wahlen die Sitzverteilung in den Parlamenten ein wenig zuungunsten der etablierten Parteien verändern könnte. Um die Sicherheit der Bevölkerung schert man sich nicht so sehr. Dem Kampf gegen rechts wird alles untergeordnet. Auch der Kampf gegen den Terror.

Etwa ein Jakob Augstein, der für jeden Akt islamistischer Barbarei gebetsmühlenartig den neoliberalen Turbokasino- und Raubtierkapitalismus verantwortlich macht. Was für eine erbärmliche Analyse eines salonbolschewistischen Turbokasino- und Raubtierkapitalistensöhnchens.

Etwa eine Renate Künast, die tollwütigen Axtmördern mehr Tränen nachtrauert als unschuldigen Opfern, und die in ihrer geistigen (Anm. bewusstseinsmässigen) Verwirrung dann auch noch der Polizei ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger, absprechen möchte.

Etwa die an den Bahnhöfen klatschenden Terroristen-Willkommensheisser, Nie-wieder-Deutschland-Spruchbandträger (Claudia Roth und Konsorten), die steinewerfende Krawallerie von der Antifa und die Indoktrinateure aller der hier aufgezählten Leute, denen es gelungen ist, dass breite und immer breiter werdende Teile der Bevölkerung nicht (mehr) das Eigene schützen und verteidigen, sondern vielmehr in einem übertriebenen, fast schon neurotischen Humanitarismus und Selbsthass das von ihnen völlig überbewertete Fremde über das von ihnen notorisch abgewertete Eigene stellen. Und das selbst dann, wenn das Fremde ganz böse und das Eigene ganz gut ist, was das Ganze umso fataler macht.

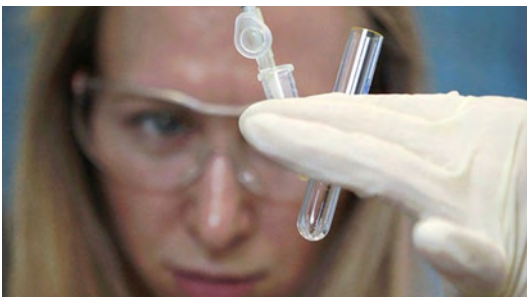
Die Liste derer, die sich schämen sollten, liesse sich fast endlos fortsetzen. Eine Liste, für die man sich, falls man sich nicht zu den Herdenwesen zählt, nicht schämen sollte, die einem aber Sorgen machen muss, wenn man bedenkt, dass die aufgezählten Personen grossen Einfluss auf das Geschehen dieses Landes ausüben.

Ja, ich mache mir Sorgen! Nicht erst seit dieser Woche. Nicht erst nach Würzburg und München heute Nacht. Sorgen mache ich mir schon seit längerer Zeit. Lange wurde mein Besorgtsein belächelt. Nun dürfte langsam auch jenen, welche die Besorgten immer belächelten, das Lachen vergehen. Schade, dass es dafür so weit kommen musste.

Quelle: <http://krisenfrei.de/nach-wuerzburg-und-jetzt-muenchen/>

## Das IOC lässt nun doch russische Sportler an den Olympischen Spielen in Rio teilnehmen: Politisch motivierte Antidoping-Agentur ist bitter enttäuscht darüber

*Sputnik; Mo, 25 Jul 2016 10:00 UTC*



Die Welt-Anti-Doping-Agentur Wada ist laut ihrem Präsidenten Craig Reedie enttäuscht über den Beschluss des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die russischen Athleten zu den Spielen in Rio de Janeiro nicht völlig auszuschliessen.

«Die Wada ist enttäuscht, dass das IOC den Hinweisen des Exekutivkomitees der Organisation kein Gehör geschenkt hat. Den Empfehlungen, die eine starke und abgestimmte Herangehensweise gewährleisten sollten, lagen Ermittlungen von Richard McLaren (Leiter der unabhängigen Wada-Kommission – Anm.

d. R.) zugrunde», wird Reedie auf der Wada-Webseite zitiert.

Der McLaren-Bericht habe ein staatlich gesteuertes Dopingprogramm in Russland aufgedeckt, was die im Welt-Antidoping-Regelwerk verankerten Prinzipien des «sauberen Sports» stark untergrabe.

«Obwohl die Wada voll und ganz die Autonomie des IOC achtet, Beschlüsse in Übereinstimmung mit der Olympischen Charta zu fassen, werden die Herangehensweise und festgelegten Kriterien zweifellos zu poten-

tiellen Problemen und zur Schwächung des Schutzes dopingfreier Athleten führen», so Wada-Generaldirektor Olivier Niggli.

Wie zuvor mitgeteilt worden war, **will die Wada die IOC-Entscheidung nicht anerkennen** und die Weltsportverbände dabei unterstützen, über die Zulassung russischer Sportler zu den Olympischen Spielen in Rio zu entscheiden.

Das IOC hatte am Sonntag den Beschluss getroffen, keinen Komplett-Bann gegen das russische Olympia-Team bei den Spielen in Rio zu verhängen. Den jeweiligen Weltverbänden wurde das Recht eingeräumt, die Zulassung einzelner Athleten zu Olympia 2016 zusätzlich zu prüfen. Die russischen Sportler müssen ihrerseits Extra-Kriterien erfüllen: Wer beispielsweise früher Doping-Probleme hatte, wird zu den Spielen nicht zugelassen.

**Zuvor hatten die Ermittler der Welt-Anti-Doping-Agentur Wada das russische Sportministerium, die Anti-Doping-Labors in Moskau und Sotschi sowie den Inlandsgeheimdienst FSB beschuldigt, in ein staatlich gesteuertes Dopingprogramm involviert zu sein.** Die staatlichen Stellen sollen Proben russischer Sportler manipuliert haben, um gedopte russische Athleten zu schützen, heisst es in dem WADA-Bericht, der in dieser Woche veröffentlicht wurde.

Am Donnerstag entschied der internationale Sportgerichtshof CAS, alle 68 russischen Leichtathleten von den Olympischen Spielen 2016 in Rio de Janeiro auszuschliessen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/25182-Das-IOC-lasst-nun-doch-russische-Sportler-an-den-Olympischen-Spielen-in-Rio-teilnehmen-Politisch-motivierte-Antidoping-Agentur-ist-bitter-enttauscht-daruber>

### Antwort auf eine Leserfrage

... wir denken, dass mit den wirklichen Flüchtlingen auch viele nach Europa kommen, die nicht arbeiten und nur vom Staat leben wollen. Und wir denken zudem, dass auch viele Kriminelle und Verbrecher kommen und dann ihr Unwesen treiben und damit die Ruhe und Ordnung usw. stören. Aber es kommen sicher auch Terroristen, die dann in Europa durch ihr verwerfliches Tun viele unschuldige Menschen ermorden, wie es in Frankreich, Belgien und auch in Deutschland in den letzten Monaten geschehen ist und viele unschuldige Menschenleben gekostet hat.

U. Singer, Deutschland

### Auszug aus dem 642. Kontaktgespräch vom 30. Januar 2016

**Billy** Du hast mir bei deinem letzten Besuch bei unserem privaten Gespräch am 6. Januar zugesagt, dass ihr daran seid abzuklären, wie viele Al-Qaida- und IS-Schläfer sich bisher mit den Flüchtlingsströmen in Europa eingeschlichen haben.

**Ptaah** Diese Abklärung wurde durchgeführt, und zwar dauerte unsere Recherche bis zum 20. Januar, die wir jedoch noch weiterführen. Wir eruierten eine Anzahl von 17 461 Personen, die in direkter Verbindung mit dem Islamistischen Staat sowie mit der Al-Qaida-Terrororganisation stehen und die als sogenannte «Schläfer» zu bezeichnen sind.

**Billy** Dann kann ja Europa einiges an Terrorakten erwarten. Als ich aber gesagt und geschrieben habe, dass sich mit den Flüchtlingsströmen auch Killer der Terrororganisationen des IS und der Al-Qaida nach Europa einschleusen, da wurde nur darüber gelacht und gar von Geheimdiensten bestritten, dass das so sei.

**Ptaah** Selbst viele Leute der irdischen Geheimdienste sind naiv, was sie aber durch geheime Intrigenhandlungen und kriminell-verbrecherische Taten verdecken wollen.

**Billy** Das war ja schon immer so. Auch denken sie – wie viele Psychologen und Psychiater, und zwar auch solche, die für die Justiz arbeiten –, dass sie psychologisch-psychiatrisch sehr gebildet seien, obwohl ihre Erkenntnisse und Kenntnisse nur gerademal 28% von dem psychologisch-psychiatrischen Wissen umfassen, das euch Plejaren eigen ist.

**Ptaah** Daran kann nichts geändert werden, wenn sich die irdischen Psychologen und Psychiater nicht um mehr Erkenntnisse und Wissen sowie um ein umfangreicheres Verstehen bemühen.

**Billy** Das tun sie aber nicht und glauben, Götter ihres Faches zu sein, weshalb ja auch derart viele Fehlurteilungen gemacht werden und eingesperrten Mördern Freigang bewilligt wird.

**Ptaah** Dadurch entsteht leider oftmals neues Unheil.

**Billy** Das sehe ich auch so. ...

## Vergewaltigung, Kindesmissbrauch und Gewalt: 900 Syrer binnen eines Jahres in England und Wales inhaftiert

By Angelika on 4. August 2016



**Binnen eines Jahres wurden rund 900 Syrer in England und Wales inhaftiert. Ihre Verbrechen: Unter anderem Vergewaltigung, Kindesmissbrauch und schwere Gewalttaten. Doch die deutschen Medien schweigen.**

Es sind schockierende Zahlen, die aufgrund einer Anfrage der *«The Sun»* im Rahmen des Gesetzes über die Freiheit der Information ans Tageslicht kamen. Demnach wurden rund 900 Syrer, die in Grossbritannien um Asyl ansuchten, wegen diverser Straftaten verurteilt. Darunter nicht wenige Fälle von Vergewaltigung und Kindesmissbrauch.

So berichtet die britische Zeitung darüber, dass alleine in Northumbria im vergangenen Jahr 16 Syrer festgenommen wurden. Darunter waren zwei sexuelle Übergriffe, sechs Fälle von gewaltsamen Angriffen und drei Fälle von öffentlicher Ruhestörung. In London waren es demnach 238 Fälle, wovon zwei Syrer wegen Vergewaltigung, drei Syrer wegen Morddrohungen und sieben Syrer wegen sexuellen Übergriffen inhaftiert wurden.

Wie die britische Zeitung *«Express»* schreibt, stellen die Syrer die sechstgrösste Gruppe der Asylbewerber in Grossbritannien dar. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres seien demnach 2539 Asylbewerber aus dem vom Krieg zerrütteten Land auf die britischen Inseln gekommen. Bis Ende 2020 sollen laut der britischen Regierung insgesamt 20 000 Syrer in Grossbritannien angesiedelt werden.

Kritiker dieser Asyl- und Ansiedlungspolitik sprechen bereits von einer vorsätzlich importierten Kriminalität, welche die innere Sicherheit des Vereinigten Königreichs gefährde. Vertreter der politischen Linken hingegen verweisen auf die Traumata der syrischen Flüchtlinge, welche man ebenso berücksichtigen müsse. Die Frage, die sich hierbei allerdings stellt ist jene, ob man für die Traumabewältigung der Syrer deshalb den Menschen in Grossbritannien gleich neue Traumata hinzufügen muss?

Quelle: <http://www.denken-macht-frei.info/vergewaltigung-kindesmissbrauch-gewalt-900-syrer-binnen-eines-jahres-in-england-und-wales-inhaftiert/>

## Zahl der Inhaftierten aus Nordafrika mehr als verdoppelt

Posted on Juli 19, 2016 3:57 pm by jolu



Justizbeamter: Nordafrikanische Häftlinge bereiten Probleme Foto: dpa

OSNABRÜCK. Die Zahl der Häftlinge aus Maghreb-Staaten in deutschen Gefängnissen hat sich in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt. 2016 verbüssen 1911 Menschen aus Marokko, Tunesien, Libyen, Mauretanien oder Algerien eine Haftstrafe oder sitzen in Untersuchungshaft, wie eine Umfrage der *«Neuen Osnabrücker Zeitung»* unter den Justizministern der Bundesländer ergab. 2011 registrierten die Behörden 880 Inhaftierte aus diesen Ländern. Die Gesamtzahl der Gefangenen sei im selben Zeitraum rückläufig gewesen.

Laut dem Blatt liegt die Zahl der Inhaftierten aus Nordafrika in Wirklichkeit allerdings bei mehr als 2000, weil Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland keine aktuellen Zahlen liefern konnte. Auf eine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen teilte das Justizministerium in Düsseldorf mit, dass 23 von 36 Justiz-

vollzugsanstalten Schwierigkeiten mit Gefangenen aus den Maghreb-Staaten haben. Dabei ginge es von wildem Gestikulieren bis hin zu Angriffen auf Vollzugsbeamte.

### Bedienstete beklagen Probleme mit Nordafrikanern

Erst Anfang Juli hatte der Verband Niedersächsischer Justizvollzugsbediensteter Probleme mit Gefangenen aus diesen Ländern beklagt. Die Nordafrikaner zeigten «besonders wenig Respekt», kritisierte der Vorsitzende des Verbandes Niedersächsischer Justizvollzugsbediensteter, Uwe Oelkers, in der «Neuen Osnabrücker Zeitung». «Das äussert sich in Beleidigungen oder vor die Füße spucken. Körperliche Angriffe sind aber selten.» Besonders weibliche Wärter würden nicht anerkannt. «Oftmals muss ein Mann die Anordnungen wiederholen, damit auch Folge geleistet wird», beklagte Oelkers. Zudem komme es immer öfter zu Verständigungsproblemen, weil Dolmetscher fehlten.

«Wir brauchen muttersprachliche Vermittler, die den Gefangenen klar machen, welche Regeln im Strafvollzug gelten», forderte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Jens Kamieth. Während die Zahl der arabischsprachigen Strafvollzugsbediensteten im Bundesland in den vergangenen fünf Jahren von vier auf 14 gestiegen sei, habe sich die Zahl der Inhaftierten aus dem Maghreb von 322 auf 762 mehr als verdoppelt. (ls)

<https://jungfreiheit.de> bzw. <https://wahrheitfuerdeutschland.de/justiz-3/>

## «Blauäugige Flüchtlingspolitik»: Salafisten und Islamisten werben Flüchtlinge an

*Epoch Times 10. April 2016 Aktualisiert: 7. Juli 2016 15:48*

Experten sind sich sicher: In Deutschland werben arabische Clans und islamistische Extremisten gezielt Flüchtlinge an. Die mittellosen Neuankömmlinge sind ein leichtes Opfer für die Islamisten.



IS-Anhänger in Syrien Foto: Getty Images

Islamisten und Salafisten werben in Deutschland gezielt Flüchtlinge und Migranten an, sagt der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, im Interview mit der «Welt am Sonntag».

Die Neuankömmlinge seien leichte Opfer für die Extremisten, da viele ohne Familien nach Deutschland kämen und Anschluss suchten. «Wir haben bereits rund 300 Ansprechversuche gezählt. Sorgen machen mir vor allem die vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Diese Gruppe wird gezielt angeworben», so Maaßen.

Dies seien aber nur die bei den Behörden gemeldeten Fälle. Die tatsächliche Zahl läge viel höher. «Wir sehen durch die Ansprachen ein immenses Radikalisierungspotenzial,» sagt der Verfassungsschutz-Präsident zur «Welt».

Über die arabischsprachige Moscheenlandschaft meint Maaßen, dass diese oft nicht moderat sei. Viele Häuser seien «fundamentalistisch geprägt oder aufgrund ihrer salafistischen Ausrichtung gar Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden.»

Die Moscheen in Deutschland würden oftmals von reichen Saudis gesponsert.

### Kriminelle Clans rekrutieren Flüchtlinge

Nicht nur Salafisten und Islamisten, sondern auch kriminelle arabische Clans rekrutieren Flüchtlinge. Dabei würden sie besonders nach jungen, körperlich starken Männern Ausschau halten, sagte ein Berliner Ermittler zur «Welt».

Diese Entwicklung beobachtet auch der Islamwissenschaftler Ralph Ghadban. Der Experte lernte viele Clanmitglieder kennen, die erst als Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Die Clanmitglieder würden Raubüberfälle

und andere Delikte begehen und den neuankommenden Flüchtlingen sogar Wohnraum vermieten, so Ghadban im Interview mit «Focus-Online». «Damit verdienen sie sich eine goldene Nase.»

Diese Clans würden den mittellosen Flüchtlingen und Migranten Stabilität geben. Darüber hinaus würde die Terror-Gruppe «Islamischer Staat» (Anm. Islamistischer Staat) die Flüchtlingsströme nutzen, um Kämpfer nach Europa zu schleusen, sagt Maaßen der «Welt». «Der IS will auch Anschläge gegen Deutschland und deutsche Interessen durchführen.»

Die Dschihadisten würden ihre Anhänger in Deutschland bereits zu Terrorakten motivieren.

### Blauäugige Flüchtlingspolitik

Auch andere Experten warnen vor Extremisten unter den Flüchtlingen und Migranten. Andre Schulz, Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), sagt zur «Welt», dass Zehntausende Zuwanderer in Deutschland lebten, «von denen wir nicht wissen, wer sie sind, wo sie genau herkommen und wo sie sich aufhalten». Für einen Rechtsstaat sei dies «nicht hinnehmbar».

Der Bundeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, meint auch, dass es von den Politikern «blauäugig und naiv» sei, zu glauben, IS-Anhänger würden sich nicht unter die Flüchtlinge mischen.

### Islamisten gesucht

Unterdessen suchen deutsche Sicherheitsbehörden nach Dutzenden gefährlichen Islamisten, die zum Teil untergetaucht sind. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, über die die «Welt am Sonntag» berichtet. Demnach werden per Haftbefehl 76 Personen aus dem Bereich gewaltbereiter Islamismus (Anm. Islamismus) gesucht.

Die Sprecherin für Innere Sicherheit der Grünen-Bundestagsfraktion, Mihalic, warnte: Der Bund unternehme «ausser symbolpolitischen Aktionen nichts, um wirklich Zugriff zu bekommen auf radikalisierte Islamisten.»

Auf Bundesebene fehle jeglicher Ansatz für eine mit den Ländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen abgestimmte Präventions- und Deradikalisierungsstrategie. Die Grünen-Fraktion werde sich am Montag mit dem Thema befassen und ein eigenes Thesenpapier vorstellen. (so)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/blauaeugige-fluechtlingspolitik-salafisten-und-islamisten-werben-fluechtlinge-an-a1320845.html>

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

#### Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016  
Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz